



# Die Waffen nieder!

## Stellungnahmen und Hintergründe zum Iran-Krieg

Zwei Tage nach Redaktionsschluss unseres Schwerpunktheftes »Militärrepublik Deutschland? Ohne uns!« überfielen US-amerikanische und israelische Militärs in einer konzertierten Aktion den Iran. Kurz bevor die Verhandlungen um das iranische »Atomprogramm« abgeschlossen waren.

Während dieser Überfall weltweit als »völkerrechtswidrig« verurteilt wurde, äußerte Bundeskanzler Merz – wie schon beim Genozid in Gaza – Verständnis für die »Drecksarbeit« der anderen. Die Bundesregierung wolle ihre »Partner nicht hinsichtlich ihrer militärischen Schläge gegen Iran belehren«. »Völkerrechtliche Einordnungen« und »selbst umfangreiche Sanktionspakete« würden »relativ wenig bewirken«. Das habe »auch daran gelegen, dass wir nicht bereit waren, grundlegende Interessen notfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen«. (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kanzler-statement-naher-osten-2409172>)

Zumindest befeuert die BRD als mittlerweile viertgrößter globaler Waffenexporteur militärische Gewalt in aller Welt. Und als wichtige logistische Drehscheibe für die Kriege

der USA ist sie eine getreue Gehilfin. Auch im aktuellen Iran-Krieg. An der Bereitschaft dieser Bundesregierung in nicht allzu ferner Zukunft jenseits von Völkerrecht und Gewaltverbot der UNO-Charta mehr eigene kriegerische »Drecksarbeit« zu leisten, sollte also niemand zweifeln.

Aus Anlass des völkerrechtswidrigen Angriffs auf den Iran haben wir das ursprünglich geplante Konzept dieser Friedensbeilage verändert. Wir dokumentieren hier ausgewählte Stellungnahmen aus der internationalen Friedensbewegung und Erklärungen Kommunistischer Parteien, die zwischen dem 28. Februar und 12. März veröffentlicht wurden.

An den Anfang stellen wir internationale Kommentare/Hintergrundbeiträge zu interessanten Aspekten dieses Iran-Krieges, die in der bundesdeutschen Presselandschaft kaum vorkommen, z. B. aus dem Tricontinental Institute (*Vijay Prashad*), aus Russland (*Oleg Issajtschenko*), aus dem Iran (*Mohammad Marandi*), aus der Zeitschrift »The Struggle/La Lucha«, aus Großbritannien (*Michael Roberts*) und China (*Zichen Wang*).

LoG/WS/RST

# Ein Krieg, der nicht gewonnen werden kann

Vijay Prashad (Tricontinental Institute)

Kaum haben die Vereinigten Staaten und Israel den »Friedensrat« gebildet, haben sie den ersten Krieg dieses Rates begonnen, diesmal gegen den Iran ... Tatsächlich war der Angriff auf den Iran am 28. Februar 2026 nicht der erste Schlag gegen den Iran. Israel und die USA befinden sich seit Jahrzehnten im Kriegszustand mit dem Iran, entweder durch direkte militärische Angriffe (noch im Juni 2025) oder durch den langen, dem Iran auferlegten hybriden Krieg (einschließlich der strafenden US-Sanktionen, die 1996 begannen).

Weder Israel noch die Vereinigten Staaten messen der Charta der Vereinten Nationen einen Wert bei, deren Artikel 2 von beiden routinemäßig verletzt wird (keines der beiden Länder wird im UN-Sicherheitsrat verurteilt, was dem Ansehen der Charta schadet). Seit Jahrzehnten dämonisieren die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten des globalen Nordens den Iran, behandeln seine Politik als Terrorismus und seine Regierung als diktatorisch. Sie haben im Wesentlichen das Argument geschaffen, dass Versuche, die Regierung in Teheran zu stürzen, legitim seien, selbst wenn dies ein Verstoß gegen die UN-Charta ist.

Der US-Präsident Donald Trump hat jedoch keine Lust auf einen langen Krieg. Er hat eine kurze Aufmerksamkeitsspanne und sucht schnelle Siege, die ihm schnell eine Schlagzeile für den Nachrichtenzyklus beschere, wie die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro am 3. Januar 2026 und die Executive Order zur Verhinderung des Ölverkaufs an Kuba am 30. Januar. Trump erhoffte sich ein ähnliches Ergebnis: die Ermordung des obersten Führers des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, oder des Präsidenten Massud

Peseschkian. Berichten zufolge wurde der oberste Führer des Iran bei dem israelisch-US-amerikanischen Angriff tatsächlich getötet. Trotz Trumps Forderung nach einem Regimewechsel hat sich jedoch bisher kein Wechsel der politischen Führung ergeben. Der israelisch-US-amerikanische Angriff im Juni 2025 zerstörte weder das iranische Atomenergieprojekt, noch zerstörte der Angriff im Februar 2026 das politische System Irans.

## Die Geschichte der einseitigen Angriffe auf den Iran

Der aktuelle israelisch-US-amerikanische Militärfeldzug gegen den Iran begann im Januar 2020, als die Vereinigten Staaten General Qasem Soleimani in Bagdad, Irak, ermordeten. General Soleimani war der Kommandeur der Iranischen Revolutionsgarde (IRGC) und der Architekt der »Achse des Widerstands«, dem ersten Verteidigungskreis des Iran: der Idee, dass, wenn die Vereinigten Staaten oder Israel versuchen würden, den Iran anzugreifen, die engen Verbündeten Irans – von der Hisbollah (Libanon) bis zu Ansar Allah (Jemen) – sowohl Israel als auch die US-Militärstützpunkte angreifen würden.

Die Tötung Soleimanis war ein Schlag für die Achse, aber drei Jahre später erschütterte eine Reihe von Ereignissen die von ihm entworfene Achse. Der Völkermord Israels an Palästina schwächte die Hamas, sein Krieg im Libanon destabilisierte die Hisbollah (insbesondere die Ermordung von Sayyed Hassan Nasrallah im September 2024), und die Einsetzung des ehemaligen al-Qaida-Führers Ahmed al-Sharaa zum Präsidenten Syriens im Januar 2025 führte

zur Entfernung aller pro-palästinensischen Gruppen aus dem Land. Nachdem sie diesen ersten Verteidigungskreis relativ durchbrochen hatten, griffen Israel und die Vereinigten Staaten den Iran im Juni 2025 an, mit einigen iranischen Vergeltungsmaßnahmen, aber nichts im Vergleich zu dem, was gewesen wäre, wenn die Hisbollah und die Fraktionen in Syrien in der Lage gewesen wären, Israel anzugreifen.

Nach dem Angriff vom Juni 2025 auf die iranischen Atomenergieanlagen erklärten Israel und die Vereinigten Staaten, er habe die Fähigkeit Irans zum Bau von Atomwaffen zerstört. Wenn dies der Fall war, warum haben die Vereinigten Staaten dann kein Abkommen mit dem Iran geschlossen und die Sanktionen aufgehoben? Schließlich kam der iranische Präsident Massud Peseschkian 2024 mit einer »Reform«-Agenda an die Macht, bildete ein Kabinett, dem ein neoliberaler Finanzminister (Ali Madanizadeh) angehörte, und zeigte damit, dass er bereit war, Zugeständnisse an westlich kontrollierte Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) zu machen. Als Reaktion auf die US-israelischen Angriffe im Juni 2025 beendete der Iran jedoch seine mit der IAEO geschlossenen Inspektionsabkommen. Der IWF stellte eine schwache Perspektive für den Iran fest, sah dies jedoch als hauptsächlich auf die von den USA verhängten Sanktionen und – aus seiner Sicht – auf das Subventionssystem im Iran zurückzuführen.

Madanizadeh besänftigte den IWF, indem er einen Sparkurs durchsetzte. Dies schuf die soziale Notlage, die verschärft wurde, als die USA intervenierten, um den iranischen Rial zu destabilisieren und die Wirtschaftskrise im Land zu vertiefen. Teile der Basare oder Kleinhändler im Iran, der Basis der Islamischen Republik, die die Auswirkungen der Inflation zu spüren bekamen, wandten sich gegen die Regierung, aber nicht unbedingt gegen das System selbst. Die USA und Israel sowie die ausländischen Medien deuteten die Situation bewusst falsch

und verkündeten fälschlicherweise, dass das Volk des Iran gegen seine Republik sei. Trotz des Versuchs der Regierung Peseschkian, den Vereinigten Staaten auf deren Bedingungen entgegenzukommen, drängten die USA und Israel auf ein unrealistisches maximalistisches Endziel, nämlich den Sturz der Islamischen Republik.

## Atomprogramm oder Regimewechsel?

Dieses maximalistische Endziel wurde durch die Forderung der USA und Israels angetrieben, der Iran solle ein illusorisches Atomwaffenprogramm beenden. Der Iran hat jahrzehntelang erklärt, dass er nicht an Atomwaffen interessiert sei, und Peseschkians Außenminister Abbas Araghtschi hat wiederholt gesagt, dass der Iran niemals solche Waffen entwickeln werde. Der Iran hat erklärt, dass er bereit sei, über die Frage seines Atomprogramms zu diskutieren, aber dass er die Existenz der Islamischen Republik (oder die Gegebenheiten der iranischen Verfassung vom Dezember 1979) nicht zur Disposition stellen werde. Stunden vor dem Angriff vom Februar 2026 standen die Verhandlungen zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten kurz vor einer Einigung. Der omanische Außenminister Sayyid Badr bin Hamad al-Busaidi sagte, ein »Friedensabkommen ist in greifbarer Nähe« und der Iran habe einer Null-Lagerung zugestimmt. Mit anderen Worten: Der Iran war bereit, die meisten der ihm gegen sein Atomenergieprogramm auferlegten Forderungen zu akzeptieren. Dass die USA und Israel in diesem Zusammenhang angriffen, zeigt, dass das iranische Atomprojekt nicht das eigentliche Problem für Washington und Tel Aviv ist. Sie sind auf einen Regimewechsel aus.

Wenn der US-israelische Krieg ein Krieg für einen Regimewechsel ist, dann ist es ein Krieg, der nicht ohne enorme Verluste an Menschenleben gewonnen werden kann. Der Iran hat fast 100 Millionen Einwohner, von denen ein großer Teil seine Republik bis

zum Tod verteidigen wird. Wenige Tage nach der Entführung Maduros durch die USA besuchte Khamenei das Mausoleum seines Vorgängers Großayatollah Seyyed Ruhollah Musavi Khomeini (1900–1989). Es ist interessant, dass Khamenei jetzt 89 Jahre alt ist, das gleiche Alter, in dem Khomeini starb. Es war fast so, als ob er seinen alten Freund und Mentor besuchte, um Mut von ihm zu schöpfen. Eine Ermordung Khameneis wird die Anhänger der Islamischen Republik nicht demoralisieren, sondern ihn in

die Sphäre des Märtyrertums erheben und ihre Entschlossenheit stärken. Gegenüber dem Iran haben die USA und Israel keine realistische Siegesstrategie. Sie könnten eine große Anzahl von Menschen töten. Aber sie können den Willen des iranischen Patriotismus nicht brechen.

Quelle: Vijay Prashad: <https://peoplesdispatch.org/2026/02/28/a-war-that-cannot-be-won-israel-and-the-united-states-bomb-iran/>

# Die USA haben mit ihrer Operation im Iran den Truppentransfer Richtung Russland vertuscht

Oleg Issajtschenko

Die Kampfhandlungen der USA im Iran haben unerwartet zu einer Verstärkung der amerikanischen Präsenz in Rumänien geführt. Washington erklärte, dass die USA für eine erfolgreiche Durchführung des Konflikts die Luftfahrtinfrastruktur der Republik benötigten. Experten sind jedoch der Meinung, dass das Weiße Haus hier nicht ehrlich ist: In Wirklichkeit zielen die nach Osteuropa verlegten Streitkräfte darauf ab, Russland abzuschrecken. Wie soll Moskau auf die Maßnahmen der USA reagieren?

Rumänien hat der zusätzlichen Stationierung von US-Flugzeugen und Soldaten zugestimmt. Die Entscheidung des Obersten Rates für Nationale Verteidigung war eine Antwort auf eine Anfrage aus Washington: Die USA hielten es für notwendig, mit Bukarest eine »vorübergehende« Aufstockung ihres Kontingents für

die Teilnahme an einer Militäroperation gegen den Iran zu vereinbaren.

Laut dem rumänischen Präsidenten Nicușor Dan ist die Verstärkung vor allem auf dem Luftwaffenstützpunkt »Mihail Kogălniceanu« im Kreis Constanța geplant. »Es handelt sich um Tankflugzeuge, Überwachungs-ausrüstung sowie Satellitenkommunikationsgeräte, die mit dem Raketenabwehrkomplex in Deveselu verbunden sind«, präziserte er.

Der Staatschef betont, dass die gesamte Ausrüstung ausschließlich »defensiver« Natur sei. Für den offiziellen Start des Transfers muss jedoch die Entscheidung des Nationalen Verteidigungsrates vom Parlament bestätigt werden. Nach Einschätzung von Defense Romania wird die Zustimmung der Gesetzgeber jedoch nur eine Formalität sein.

Die Zeitung merkt an, dass die Anfrage Washingtons durch die Unersetzbarkeit der

rumänischen Infrastruktur bedingt ist. Der Stützpunkt »Mihail Kogălniceanu« ist »der Einzige, der große Flugzeuge für Langstreckenflüge in Kriegsgebiete aufnehmen und versorgen kann«. Die Autoren des Portals erinnern daran, dass die Anlage bereits während der Kampagnen im Irak und in Afghanistan als »Luftbrücke« genutzt wurde.

Dies ist nicht der erste Fall, in dem die USA unter dem Vorwand der Abschreckung des Iran ihre Präsenz in Rumänien verstärken. Im Jahr 2016 stationierten die USA in Deveselu Aegis-Ashore-Raketenabwehrsysteme. »Solange Teheran weiterhin ballistische Raketen entwickelt und stationiert, werden wir mit unseren Verbündeten zusammenarbeiten, um die NATO vor dieser Bedrohung zu schützen«, erklärte damals der stellvertretende US-Verteidigungsminister Bob Work.

Schon damals sprach auch Wladimir Putin über das entstandene Problem. In einem Interview mit dem Fernsehsender NBC stellte er fest, dass die Entwicklung des Raketenabwehrsystems in Osteuropa eine Bedrohung für Russland darstelle. »Die amerikanischen Partner haben dies öffentlich nicht zugegeben und behauptet, dass es hauptsächlich gegen den Iran gerichtet sei. Aber letztendlich haben sie in Gesprächen und Verhandlungen zugegeben, dass dieses System natürlich unser nukleares Abschreckungspotenzial zunichtemachen wird«, betonte er.

Der Präsident sagte auch, dass die in Rumänien stationierten Waffen in kürzester Zeit durch Tomahawk-Raketen ersetzt werden könnten. »Weder die Rumänen noch die Polen werden davon erfahren. Ich weiß, wie das gemacht wird«, zitiert ihn der Kreml. Putin widmete der Stationierung von MK-41-Abschussvorrichtungen in der Republik besondere Aufmerksamkeit. Später bestätigten die Amerikaner mit ihren Handlungen die Befürchtungen der russischen Seite.

Im Jahr 2019 führten die USA einen Teststart einer landgestützten Marschflugrakete durch, deren Eigenschaften durch den Vertrag über

die Vernichtung von Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen (INF-Vertrag) verboten waren. Wie sich herausstellte, wurde im Rahmen der Tests genau diese MK-41 verwendet. »Jetzt liegt eine eindeutige Verletzung vor«, betonte der Staatschef damals.

*Insgesamt hat sich Rumäniens Ruf als wichtiger militärstrategischer Stützpunkt für die langfristige Konfrontation der NATO mit Moskau in den letzten Jahren nur noch gefestigt.*

So wurde 2024 mit dem Bau der größten Allianzbasis Europas auf dem Territorium des Landes begonnen. Die Anlage mit einer Fläche von 2.800 Hektar im Bezirk Konstanza hat einen geschätzten Wert von 2,5 Milliarden Euro. Die Infrastruktur kann bis zu 10.000 Soldaten der Allianz und ihre Familien aufnehmen. Dabei wird die Basis eng mit dem Luftwaffenstützpunkt »Mihail Kogălniceanu« verzahnt sein.

Die Stärkung der Positionen der NATO ist in der gesamten Balkanregion zu beobachten: Gleichzeitig mit Rumänien modernisiert das Bündnis einen ehemaligen sowjetischen Stützpunkt in Albanien und festigt damit seine Position im Süden Europas. Die Schaffung eines mächtigen Logistikzentrums in der Nähe der russischen Grenzen in Verbindung mit der Verlegung von Personal deutet laut Experten darauf hin, dass sich das Bündnis auf eine langwierige Konfrontation vorbereitet.

»Die USA verzichten nicht darauf, direkte militärische Drohungen gegen Russland auszusprechen. Sie nutzen lediglich erneut das Thema Iran als Vorwand, um ihr militärisches Potenzial auszubauen. Unter dem Deckmantel verschiedener Operationen bauen die Amerikaner ihre Positionen weiter aus – unter anderem im Baltikum, in Osteuropa und auf dem Balkan«, erklärte Boris Roshin, Experte des Zentrums für militärpolitische Journalistik.

*»Washington hat mehrmals versucht, die internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, dass die Raketenabwehrsysteme in Rumänien und Polen gegen den Iran notwendig sind.«*

Heute werden diese Anlagen jedoch in keiner Weise für anti-iranische Aktivitäten genutzt – dies bestätigt auch das amerikanische Kommando selbst. Das beweist einmal mehr, sie wurden geschaffen, um einem ganz anderen Land entgegenzutreten«, sagte er.

»Dabei lässt das Tempo der NATO-Manöver nicht nach. ›Arctic Watch‹, ›Baltic Watch‹, ›Eastern Watch‹ – all diese Programme zielen in erster Linie darauf ab, Russland abzuschrecken. Rumänien beteiligt sich aktiv an vielen solchen ›Übungen‹. Die neuen Streitkräfte, die in das Land kommen, werden zweifellos daran beteiligt sein«, betonte der Experte.

»Das Interesse an Rumänien ist völlig verständlich: Das Land ist für die USA als wichtiger logistischer Knotenpunkt der NATO in der Region von großem Wert. Über das Land werden Waffenlieferungen in die Ukraine abgewickelt, dort befinden sich große amerikanische Stützpunkte sowie Vorräte an Technik und Munition, die im Notfall nach Kiew geschickt werden können. Es ist der vordere Stützpunkt des Bündnisses.

*Man sollte sich keine Illusionen machen, dass die USA die Idee der Abschreckung Russlands aufgeben werden.*

Der Druck auf Moskau wird nicht nachlassen, im Gegenteil, er wird weiter zunehmen. Unter diesen Umständen ist es für Russland wichtig, seine westlichen Grenzen weiter zu stärken und angemessen auf den Ausbau des militärischen Potenzials der NATO zu reagieren«, betont Roshin.

Die USA nutzen das Thema Iran erneut als Vorwand, um ihr militärisches Potenzial gegen Russland auszubauen, stimmt der Politologe Wadim Truchatschjow, Dozent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Finanzuniversität, zu. »Genauso wurde uns einst erklärt, dass die

Elemente der Raketenabwehr in Osteuropa zum Schutz vor Angriffen aus Teheran notwendig seien.

*Wenn die Amerikaner wirklich eine Grenze gegen den Iran schaffen wollten, hätten sie sich für die Türkei oder Zypern entschieden. Rumänien ist dafür geografisch nicht geeignet.*

Es ist für die USA aus anderen Gründen wichtig. Es ist das größte Land auf dem Balkan, von dem aus sowohl die Schwarzmeerregion als auch der Balkan insgesamt kontrolliert werden können. Deshalb sind die Vereinigten Staaten daran interessiert, sich dort so gut wie möglich zu etablieren.

Der derzeitige rumänische Präsident Nicușor Dan ist laut dem Experten ebenfalls an einer Verstärkung der amerikanischen Präsenz interessiert. »Dies ist eine gute Gelegenheit, seine umstrittenen Beziehungen zu Donald Trump zu verbessern, der bei den jüngsten Wahlen in der Republik den Gegner des amtierenden Staatschefs unterstützt hat. Dabei spielt es keine Rolle, wer im Weißen Haus sitzt, die Stützpunkte werden bleiben – sie werden sowohl von den Republikanern als auch von den Demokraten genutzt werden«, fügte der Gesprächspartner hinzu.

»Vor diesem Hintergrund ist es für Moskau wichtig, über die Zusammenarbeit mit der rumänischen Gesellschaft nachzudenken – sozusagen auf lange Sicht. Leider sind unsere Möglichkeiten, Druck auf Bukarest auszuüben, derzeit relativ bescheiden. Daher lohnt es sich, den innenpolitischen Diskurs in Rumänien schrittweise zumindest auf ein gegenüber Russland neutrales Niveau zu bringen«, schloss Truchatschjow.

Quelle: <https://m.vz.ru/politics/2026/3/11/1401364.html>

# Iran zerstört die Radarsysteme, die das Herzstück der US-Raketenabwehr bilden

Washington startete am 28. Februar die Operation »Epic Fury« und tötete den iranischen Obersten Führer Ali Khamenei sowie mehrere hochrangige Kommandeure in einem gemeinsamen US-israelischen Angriff. Was folgte, war nicht der Zusammenbruch und die Kapitulation, von denen die US-Kriegsplaner ausgegangen waren. Die iranischen Streitkräfte starteten die von ihnen als »Operation True Promise 4« bezeichnete Aktion – eine anhaltende, methodische Kampagne, die auf die Infrastruktur der US-Militärmacht in ganz Westasien abzielte. Nach einer Woche sind die Schäden dokumentiert und in mindestens einem kritischen Fall vom Pentagon selbst bestätigt.

## Radar ausschalten, System lahmlegen

Der Iran versuchte nicht, die US-Raketenabwehr durch schiere Menge zu überwältigen. Stattdessen führte das iranische Militär eine Kampagne zur Störung der Sensoren durch: Dabei wurden die Erkennungs- und Feuerleitsysteme ins Visier genommen, die das Funktionieren der gesamten Verteidigungsarchitektur gewährleisten. Das Hauptziel war das AN/TPY-2-Radar – die X-Band-Überwachungsanlage, die als Nervenzentrum des Terminal High Altitude Area Defense-Systems dient. Ohne sie kann eine THAAD-Batterie keine Ziele erfassen oder Abfangraketen lenken. »Das AN/TPY-2-Radar ist im Wesentlichen das

Herzstück der THAAD-Batterie, ermöglicht den Abschuss von Abfangraketen und trägt zu einem vernetzten Luftverteidigungsbild bei«, erklärte der Munitionsspezialist N.R. Jenzen-Jones von Armament Research Services gegenüber CNN.

Um es ganz einfach auszudrücken: THAAD ist ein Raketenabwehrsystem – eine Batterie von Abfangraketen, die dazu dient, anfliegende Raketen abzuschießen, bevor sie ihr Ziel erreichen. Doch ohne sein Radar kann THAAD nicht funktionieren. Das Radar ist es, das den Himmel absucht, eine anfliegende Rakete entdeckt, ihre Flugbahn berechnet und den Abfangraketen mitteilt, worauf sie zielen sollen. Zerstört man das Radar, sind die Abfangraketen nutzlos – teure Maschinen, die nichts haben, worauf sie zielen können. Der Iran hat die Radarsysteme direkt ins Visier genommen.

Von der Open-Source-Publikation »Islander Reports« ausgewertete Satellitenbilder zeigen Angriffsschäden an vier AN/TPY-2-Standorten auf der Arabischen Halbinsel: dem Luftwaffenstützpunkt Prince Sultan in Saudi-Arabien, Al Ruwais in den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Luftwaffenstützpunkt Al Dhafra in der Nähe von Abu Dhabi und dem Luftwaffenstützpunkt Muwaffaq Salti in Jordanien. Die USA bestätigten den Angriff auf Jordanien und räumten ein, dass der Iran ein Radarsystem in Muwaffaq Salti im Wert von 300 Millionen Dollar zerstört habe. Allein die AN/TPY-2-Komponente hat einen Stückpreis von etwa 500 Millionen Dollar.

Ebenfalls getroffen: das Frühwarnradar AN/FPS-132 in Katar – eine 1,1 Milliarden Dollar teure Anlage, die von einer ballistischen Rakete getroffen wurde. Seit dem 28. Februar haben iranische Angriffe Einrichtungen an 11 bestätigten US-Militärstandorten in der gesamten Region beschädigt oder zerstört, darunter in Bahrain, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Jordanien.

Die Offensive erstreckte sich über Raketenabwehrradare hinaus auf die Kommunikationsinfrastruktur, die das gesamte Netzwerk des US-Militärs zusammenhält. Eine Analyse von Satellitenbildern durch die New York Times bestätigte, dass iranische Angriffe zwei AN/GSC-52B-SATCOM-Terminals im Hauptquartier der 5. Flotte der US-Marine in Bahrain zerstört haben – hochleistungsfähige Satellitensysteme, die für die militärische Kommunikation und Koordination nahezu in Echtzeit genutzt werden. Auf der Al-Udeid Air Base in Katar – der größten US-Einrichtung in der Region und dem regionalen Hauptquartier des CENTCOM – wurde ein Zelt zerstört, in dem Satellitenschüsseln untergebracht waren. Im Camp Arifjan in Kuwait wurden mindestens drei Radarkuppeln beschädigt oder zerstört. Auf der Ali Al Salem Air Base, ebenfalls in Kuwait, wurden sechs weitere Gebäude in der Nähe von Satellitenkommunikationsanlagen getroffen und Tage später erneut angegriffen. Viele dieser Angriffe wurden mit kostengünstigen Einweg-Shahed-Drohnen durchgeführt – weitaus billiger als die Abfangraketen, die sie stoppen sollen.

Dem Pentagon nahestehende Analysten betonen, dass die Lage insgesamt unter Kontrolle bleibt. Ravi Chaudhary, ehemaliger Staatssekretär der Luftwaffe, räumte ein, dass der Iran »eine Vorstellung davon hat, welche Art von Zielen er weiterhin ins Visier nehmen will«, beharrte jedoch darauf, dass »unsere Verteidigungsanlagen insgesamt recht gut funktionieren«. Die Satellitenbilder zeichnen ein anderes Bild.

## Die Mathematik der Überdehnung

Die Anfälligkeit dieser Architektur ist eine Frage der Zahlen. Die Vereinigten Staaten betreiben insgesamt acht THAAD-Batterien, von denen derzeit sieben einsatzbereit sind. Bevor am 28. Februar die erste iranische Rakete abgefeuert wurde, waren diese sieben bereits über den gesamten Globus verteilt: zwei waren für Israel vorgesehen, eine befand sich in Südkorea, eine auf Guam. Damit blieben nur drei Batterien übrig, um den Rest abzudecken – den gesamten indopazifischen Raum, die Golfregion und das Festland der Vereinigten Staaten selbst.

Diese drei Batterien in der Golfregion waren das Ziel des Iran. Die vier AN/TPY-2-Radarsysteme, die in Prince Sultan in Saudi-Arabien, Al Ruwais und Al Dhafra in den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie in Muwaffaq Salti in Jordanien getroffen wurden, waren die Erkennungs- und Feuerleitsysteme für diese Batterien. Da ihre Radarsysteme zerstört sind, können die von ihnen versorgten Abschussrampen nicht mehr funktionieren. Die Rechnung ist einfach und brutal: Die Vereinigten Staaten sind mit drei THAAD-Batterien in diesen Krieg eingetreten, um den Golf zu verteidigen, und der Iran hat sie operativ außer Gefecht gesetzt.

Der Imperialismus führt genau zu diesem Ergebnis. Ein System, das von dem Zwang getrieben ist, jede Region von strategischer wirtschaftlicher Bedeutung zu beherrschen – das Öl, die Seewege, die Märkte zu kontrollieren –, kann seine Kräfte nicht bündeln. Es muss sie verteilen. Washington unterhält gleichzeitig Truppen, Stützpunkte und Raketenbatterien in Dutzenden von Ländern, weil das System eine globale militärische Präsenz erfordert, um eine globale Wirtschaftsordnung zu stützen. Die Generäle tun, was das System von ihnen verlangt. Diese Überdehnung ist Imperialismus in der Praxis.

Da nun vier AN/TPY-2-Radarsysteme in der Golfregion zerstört wurden, stehen die verbleibenden Batterien vor einem zusätzlichen

Problem. Ein THAAD-Werfer kann ohne sein Radar keine Ziele bekämpfen. Lockheed Martin produziert THAAD-Abfangraketen mit einer Rate von etwa 11 bis 12 Stück pro Jahr – eine Zahl, die bereits vor Beginn des aktuellen Krieges unzureichend war. Während des 12-tägigen Krieges im Juni 2025 verbrauchten die Vereinigten Staaten in weniger als zwei Wochen etwa 25 % ihres gesamten Bestands an THAAD-Abfangraketen.

Auch diese Produktionsrate ist kein Zufall. Der US-amerikanische Rüstungskomplex ist darauf ausgelegt, Gewinne zu erzielen, und nicht darauf, das zu ersetzen, was der Krieg zerstört. Langfristige Verträge, hohe Stückkosten, die Konzentration der Rüstungen an Produktion auf eine Handvoll riesiger Konzerne – Lockheed Martin, Raytheon, Boeing – das ist ein System, das auf Aktionärsrenditen optimiert ist, nicht auf die Logistik eines andauernden Krieges. Trump hat die Rüstungshersteller aufgefordert, die Produktion zu »vervierfachen«, um den Krieg aufrechtzuerhalten. Das bedeutet Windfall-Gewinne für Lockheed Martin, Raytheon und Boeing. Es wird das Problem in keinem für diesen Krieg relevanten Zeitrahmen lösen.

Der Ersatz zerstörter High-End-Radarsysteme wird bei den derzeitigen Produktionsraten drei bis acht Jahre in Anspruch nehmen. Eine Notfall-Produktionssteigerung ist nicht möglich. Was Präzisionsmunition an einem Nachmittag zerstören kann, lässt sich bei dem Tempo, auf das die Industrie ausgerichtet ist, nicht innerhalb eines Jahrzehnts wieder aufbauen.

## Opfer und Schadensersatzforderungen

Der Sprecher des Hauptquartiers »Khatam al-Anbiya« des iranischen Militärs, Oberstleutnant Ibrahim Zolfaghari, berichtete am 7. März, dass bei Angriffen auf die 5. Flotte der US-Marine in Bahrain 21 US-Soldaten getötet und weitere verletzt worden seien; auf dem Luftwaffenstützpunkt Al Dhafra in den Ver-

einigten Arabischen Emiraten seien zudem etwa 200 weitere Menschen getötet oder verletzt worden. Das US-Militär hat diese Zahlen nicht bestätigt. Washington hat bislang keine eigenen Angaben zu den Opfern gemacht.

Ali Larijani, Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats des Iran, schrieb am 8. März auf X, dass mehrere US-Soldaten gefangen genommen worden seien, und behauptete, Washington stelle die Gefangennahmen fälschlicherweise als Gefallene dar. Washington hat öffentlich bestätigt, dass am 1. März sechs Soldaten bei einem Drohnenangriff auf einen Hafen in Kuwait getötet wurden, und das CENTCOM hat die Behauptung bezüglich der Gefangenen zurückgewiesen. Doch die Trump-Regierung hat seit Beginn der Operation mehrfach widersprüchliche Darstellungen abgegeben, und Trumps Neigung zu bewussten Unwahrheiten ist hinlänglich bekannt. Die US-Regierung hat keine umfassende Aufstellung ihrer Verluste vorgelegt, und es gibt keinen Grund, ihre Dementis für bare Münze zu nehmen.

Iranische Regierungsvertreter haben erklärt, dass ausschließlich US-amerikanische und israelische Einrichtungen ins Visier genommen werden und dass der Iran den Regierungen der Länder, auf deren Territorium sich diese Einrichtungen befinden, nichts Böses will.

## Bombardierung im Notfall

Angesichts der sich verschlechternden militärischen Lage machte das Außenministerium am 6. März von seinen Notfallbefugnissen Gebrauch, um die im Arms Export Control Act vorgesehene Prüfungsfrist durch den Kongress zu umgehen, und genehmigte einen Verkauf von 12.000 BLU-110 A/B-Bombenkörpern mit einem Gewicht von jeweils 1.000 Pfund im Wert von 151,8 Millionen Dollar an Israel. Hersteller ist Repkon USA, eine Tochtergesellschaft des türkischen Unternehmens Repkon. Laut US-Beamten, die mit der New York Times sprachen, umfasst das um-

fassendere Paket 10.000 500-Pfund-Bomben und 5.000 Bomben mit kleinem Durchmesser, deren Gesamtwert sich auf über 500 Millionen Dollar beläuft.

Dies ist das erste Mal, dass die Trump-Regierung offiziell einen Notfall im Zusammenhang mit Waffenverkäufen gemäß dem Waffenexportkontrollgesetz ausgerufen hat. Das Außenministerium begründete den Verkauf damit, dass Israel »eine wichtige Kraft für politische Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt im Nahen Osten« sei – eine Behauptung, die zu einem Zeitpunkt aufgestellt wurde, als iranische Angriffe die militärische Infrastruktur der USA von Saudi-Arabien bis Jordanien zerstörten.

## Die Meerenge und die Uhr

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges sind bereits weltweit spürbar. Seit dem 28. Februar ist der Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus – die enge Wasserstraße, durch die rund 20 % der weltweiten Ölversorgung fließen – laut dem Schiffsverfolgungsdienst MarineTraffic um 70 % zurückgegangen. Rund 400 Tanker sitzen im Persischen Golf fest und wissen nicht, wohin sie fahren sollen. Die US-Ölpreise sind um 28 % gestiegen. Die IRGC hat gewarnt, dass jedes Schiff, das versucht, die Meerenge zu passieren, angegriffen und zerstört wird.

Trump kündigte auf Truth Social an, dass die US-Marine Tanker durch die Meerenge eskortieren werde, »falls nötig, so bald wie möglich«. Die US-Marine teilte führenden Vertretern der Schifffahrtsbranche hinter verschlossenen Türen mit, dass sie nicht über die dafür erforderlichen Ressourcen verfüge – ihre Zerstörer in der Region seien mit dem Schutz von Flugzeugträgern ausgelastet, sodass kaum Kapazitäten für Konvoiaufgaben übrig blieben. Die Diskrepanz zwischen dem Beitrag auf Truth Social und der operativen Realität wurde von einem US-Beamten bestätigt, der gegenüber Fox News Digital erklärte: Wir

eskortieren keine Schiffe durch die Straße von Hormus.

Die Regierung kündigte daraufhin ein Rückversicherungsprogramm in Höhe von 20 Milliarden Dollar über die US-amerikanische International Development Finance Corporation an – eine Behörde, die für Entwicklungskredite und nicht für die Absicherung von Kriegsrisiken geschaffen wurde, was Analysten als »grundlegende Abweichung« von ihrem Auftrag bezeichneten. Analysten sagen, dass dies die Tanker nicht zum Auslaufen bewegen werde. »Es muss ein gewisses Vertrauen bestehen, dass die Fähigkeit des Iran, den Krieg fortzusetzen, geschwächt ist«, erklärte Helima Croft von RBC Capital Markets gegenüber ihren Kunden. Washington hat keinen Zeitplan dafür vorgelegt, wann dies geschehen könnte.

Der Irak hat seine Ölförderung bereits um 1,5 Millionen Barrel pro Tag gedrosselt, da ihm die Lagerkapazitäten ausgegangen sind und seine Exporte blockiert sind. Am 8. März überschritt der Ölpreis die 100-Dollar-Marke pro Barrel – eine Schwelle, von der Analysten gewarnt hatten, dass sie ernsthafte globale wirtschaftliche Belastungen signalisieren würde. JPMorgan hat davor gewarnt, dass der Preis für Brent-Rohöl auf 120 Dollar pro Barrel steigen könnte, wenn die Produzenten am Golf gezwungen wären, die Produktion vollständig einzustellen, was die Weltwirtschaft in eine Rezession treiben würde. Der Krieg, den Washington begonnen hat, um die Kontrolle über die Energieflüsse der Region zu erlangen, hat diese stattdessen zum Erliegen gebracht.

## Truppen schlagen zurück

Der Krieg stößt innerhalb des US-Militärs selbst auf Widerstand. Mike Prysner, Geschäftsführer des »Center on Conscience and War« und Veteran des Irakkriegs, berichtete, dass seine Organisation eine Flut von Anrufen von Soldaten und deren Familien verzeichne, die versuchen, einen Einsatz im Iran zu vermeiden. Prysner berichtete von einem Soldaten, der

seiner Mutter in einem letzten Telefonat, bevor die Telefone beschlagnahmt wurden, mitteilte, dass seine Einheit »vor Ort« eingesetzt werde – obwohl ihm bis zuletzt gesagt worden war, der Einsatz diene nur zu Ausbildungszwecken. Prysner erklärte, die Zahl der eingesetzten Einheiten sei wesentlich größer als öffentlich berichtet worden sei.

US-Soldaten haben Dutzende von Beschwerden eingereicht, in denen sie behaupten, hochrangige Offiziere hätten den Krieg gegen den Iran als Teil von »Gottes göttlichem Plan« bezeichnet, wobei einige Offiziere behaupteten, Präsident Trump sei von »Jesus gesalbt« worden, um das Armageddon herbeizuführen. Das ist die Sprache eines Militärkommandos, dem die rationalen Rechtfertigungen ausgegangen sind, die es den Soldaten bieten kann, von denen es verlangt, dass sie sterben.

## Was aufgebaut wurde und was zerstört wurde

Die Vereinigten Staaten haben Jahrzehnte und Billionen von Dollar darauf verwendet, ein mehrschichtiges Überwachungs- und Abhörnetz über Westasien aufzubauen – eine physische Infrastruktur zur Machtprojektion, die auf der Prämisse beruhte, dass die Reichweite der USA praktisch unbegrenzt und ihre Verteidigungsanlagen praktisch undurchdringlich seien.

Der Iran verbrachte dieselben Jahrzehnte damit, dieses Netz zu studieren: Er kartierte jede Radaranlage, jede Satellitenkommunikationsstation, jeden Feuerleitsystemknotenpunkt. Die Angriffe der vergangenen Woche sind das Ergebnis dieser Studien, die präzise und gleichzeitig in sieben Ländern umgesetzt wurden.

Die finanziellen Kosten des Krieges für die Arbeitnehmer in den Vereinigten Staaten sind bereits jetzt erschütternd. Allein in den ersten 100 Stunden der Operation »Epic Fury« gaben die Vereinigten Staaten nach Schätzungen des Center for Strategic and International Studies schätzungsweise 3,7 Milliarden Dollar aus – fast 900 Millionen Dollar pro Tag. Fast der gesamte Betrag, etwa 3,5 Milliarden Dollar, war für diesen Krieg nicht im Haushalt vorgesehen. Er wird aus bestehenden Pentagon-Konten entnommen oder dem Defizit hinzugefügt. Wie Struggle-La Lucha am 7. März berichtete, kostet eine Woche Krieg bei diesem Ausgabenrhythmus rund 6,2 Milliarden Dollar – genug, um ein ganzes Jahr lang eine flächendeckende Vorschulbildung für alle drei- und vierjährigen Kinder im Land zu finanzieren. Dieselbe Regierung, die behauptet, es gebe kein Geld für das Gesundheitswesen und die Schulen, gibt dafür fast eine Milliarde Dollar pro Tag aus.

Die Arbeiter und Armen der Vereinigten Staaten tragen die Kosten dieses Krieges mit ihrem Blut und mit den Schulden, die jede Bombe und jedes 500-Millionen-Dollar-Radar finanzieren. Auch sie – in Uniform – beginnen, sich dagegen zu wehren. Die Massenproteste unter dem Motto »Kein Krieg gegen den Iran« in US-amerikanischen Städten vertreten dieselben Klasseninteressen in einer anderen Form.

Washingtons Annahme – dass ein Enthauptungsschlag gegen die iranische Führung zu sofortiger Unterwerfung führen würde – hat das Gegenteil bewirkt. Die Infrastruktur der Vorherrschaft, die es 30 Jahre lang aufgebaut hat, wird Knotenpunkt für Knotenpunkt in der Wüste demontiert.

Quelle: Struggle-La Lucha am 8. März 2026

# Interview mit Prof. Marandi, Experte für strategische Angelegenheiten, Iran<sup>1</sup>

**Krishnan Guru-Murthy:** *Könnten Sie mir erklären, wie sich Ihrer Meinung nach die iranische Militärstrategie derzeit auswirkt?*

**Mohammad Marandi:** Sie funktioniert ziemlich gut. Der Iran greift das israelische Regime als Vergeltung für seine Gräueltaten und seinen unprovokierten Krieg an und greift US-Stellungen in der gesamten Golfregion als Vergeltung für seine Gräueltaten und den unprovokierten Krieg an. Und es gibt keine nachlassende Intensität bei den iranischen Reaktionen, und das liegt daran, dass sich die iranischen Raketen- und Drohnenbasen alle tief unter der Erde befinden und für die USA und das israelische Regime unzugänglich sind.

Und deshalb rächen sie sich an einfachen Iranern. Sie haben Teheran und andere Städte bombardiert, Häuser zerstört, Krankenhäuser zerstört, Schulen zerstört, Kinder abgeschlachtet. In einem Fall ermordeten sie 165 Mädchen, junge Mädchen in einer Grundschule, die heute beigesetzt wurden. Da sie also das iranische Militär nicht besiegen können, rächen sie sich an einfachen Iranern.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Es verursacht eindeutig Chaos in den Golfstaaten, insbesondere durch die Angriffe auf Energieanlagen. Ist das Teil der iranischen Strategie, auch Wirtschaftskrieg zu führen?*

**Mohammad Marandi:** Nein. Der Iran hat keine Verantwortung für die Angriffe auf

die Energieanlagen, zum Beispiel in Saudi-Arabien, übernommen. Das könnte etwas sein, das vom israelischen Regime durchgeführt wurde. Aber die Iraner haben Tankern mitgeteilt, dass sie die Straße von Hormus nicht verlassen dürfen. Und wenn diese arabischen Regime am Persischen Golf den USA Militärstützpunkte zur Verfügung stellen, um sie gegen den Iran einzusetzen, dann hat das Konsequenzen. Sie können nicht den Kuchen haben und ihn gleichzeitig essen. Sie können nicht neben dieser Epstein-Koalition an einer Aggression gegen den Iran teilnehmen und sich dann zurücklehnen und sagen, wir seien neutral.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Richtig. Aber Sie bestreiten die anderen Angriffe nicht, oder, in anderen Golfstaaten, die die Energieversorgung beeinträchtigen und der Ölpreis ist deutlich gestiegen. Das scheint also doch Teil der iranischen Militärstrategie zu sein, nicht wahr? Um sie in den Krieg hineinzuziehen und ihn zu regionalisieren.*

**Mohammad Marandi:** Nein, der Iran hat US-Vermögenswerte im Persischen Golf ins Visier genommen. Und diese Vermögenswerte könnten alles sein, was mit den Vereinigten Staaten in Verbindung steht. Die Vereinigten Staaten bombardieren Krankenhäuser. Die Vereinigten Staaten bombardieren Schulen. Die Vereinigten Staaten bombardieren neben

1 Channel 4 Interview: Krishnan Guru-Murthy, Britischer Journalist

dem israelischen Regime auch das iranische nationale Radio und Fernsehen. Also werden auch US-Vermögenswerte im Persischen Golf angegriffen. Aber Vermögenswerte, die den Staaten in der Golfregion gehören, wurden von den Iranern nicht angetastet. Wenn sie jedoch US-Streitkräfte beherbergen, weil viele Soldaten ihre Stützpunkte verlassen haben und in Hotels gebracht wurden, werden die Iraner sie ins Visier nehmen. Letztendlich müssen sie, wenn sie dieses Problem beenden wollen, die Soldaten des Epstein-Regimes vertreiben.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Nun verstehen wir, dass der Expertenrat versucht, einen neuen obersten Führer zu ernennen. Könnte ein neuer Führer Ihrer Meinung nach mit Trump verhandeln und seinen Bedingungen zustimmen?*

**Mohammad Marandi:** Nein. Der Iran ist nicht daran interessiert, mit Trump oder dem US-Regime zu verhandeln. Der Iran wird die Vereinigten Staaten bestrafen, und wir sind dabei, das zu tun. Dieses Regime in Washington hat versucht, eine Brücke zu überqueren, die eine Brücke zu weit ist, und sie sind mit dem falschen Land aneinandergeraten. Wir sind nicht Venezuela. Wir sind nicht Irak. Wir sind nicht Libyen. Wir sind nicht Afghanistan. Und wir sind nicht Syrien. Das ist die Islamische Republik Iran. Und wir werden dafür sorgen, dass die Vereinigten Staaten die Aggression gegen das iranische Volk, das Abschlachten von Kindern, das Abschlachten unschuldiger Zivilisten und den Mord an dem Führer bereuen. Das sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten haben der Welt das Gesetz des Dschungels aufgezungen, und sie werden es bereuen.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Aber der Iran ist auch keine militärische Supermacht. Und wir sehen, dass die überwältigende Mehrheit der Drohnen und Raketen von der Luftabwehr abgeschossen wird. Sicherlich kann der Iran einen*

*militärischen Krieg nicht gewinnen und muss sich daher für eine andere Art von Strategie entscheiden, um zu einer Einigung zu kommen.*

**Mohammad Marandi:** Der Iran wird die Vereinigten Staaten besiegen. Die Zeit wird es zeigen. Und unsere Drohnen, die abgefeuert werden, sind sehr alte Drohnen. Unsere Raketen, die abgefeuert werden, sind sehr alte Raketen. Sie sind sehr billig, und die Amerikaner verbrauchen sehr teure Luftabwehrsysteme. Die Iraner wissen genau, was sie tun. Wir haben noch nicht einmal begonnen, unsere neueste Technologie einzusetzen, und die meisten unterirdischen Stützpunkte des Iran wurden noch nicht einmal genutzt. Sie wurden noch nicht einmal für den Einsatz geöffnet. Die Iraner haben seit der Invasion des Irak auf diesen Tag hingearbeitet. Sie wussten, dass das Epstein-Regime irgendwann gegen die Iraner vorgehen wird, und deshalb bereiten sie sich seit vielen Jahren darauf vor. Wir kämpfen für unsere Heimat, unsere Souveränität und unsere Unabhängigkeit. Und unser Verbrechen ist, dass wir uns dem Völkermord widersetzen, den das britische Regime, das amerikanische Regime und die westlichen Regime unterstützt haben. Und wir stehen auf der richtigen Seite der Geschichte, und die Vereinigten Staaten sind der Aggressor, und wir werden den Aggressor bestrafen und ihn seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit bereuen lassen.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Wie viel Prozent der iranischen Raketenbestände sind noch vorhanden?*

**Mohammad Marandi:** Die überwältigende Mehrheit.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Denn nach dem Krieg im letzten Jahr wurde geschätzt, dass der Iran etwa 40 % seiner Raketen verbraucht hatte. Sagen Sie, dass diese in den letzten Monaten wieder aufgefüllt wurden?*

**Mohammad Marandi:** Diese Zahlen waren schon immer gefälscht. Diese Zahlen werden

vom israelischen Regime an die Medien weitergegeben, um törichte Amerikaner davon zu überzeugen, dass ein Krieg gegen den Iran einfach sei. Dieser Krieg sollte in ein oder zwei Tagen vorbei sein. Der Zwölf-Tage-Krieg sollte den Iran wie ein Kartenhaus zum Einsturz bringen. Das ist fehlgeschlagen. Und jetzt werden die Vereinigten Staaten den Preis dafür zahlen müssen. Und wenn die Vereinigten Staaten eskalieren, bedeutet das, dass die empfindlichste Region der Welt, der Persische Golf, aus dem ein Viertel der weltweiten Energie stammt, vollständig zerstört werden könnte. Und wenn das passiert, spielt es keine Rolle mehr, ob die Straße von Hormus offen oder geschlossen ist, denn es wird kein Öl oder Gas geben und es werden keine Tanker fahren. Für den Iran ist dies ein Kampf ums Überleben. Für die Vereinigten Staaten ist dies ein Krieg der Wahl, eine Wahl, die dem amerikanischen Volk von der Epstein-Klasse aufgezwungen wurde. Wir werden die Vereinigten Staaten aus unserer Heimat vertreiben, und wir werden dafür sorgen, dass die Vereinigten Staaten nie wieder an eine Aggression gegen unser Land denken. Und wir werden nicht zulassen, dass das israelische Regime ungestraft handelt und den Völkermord am palästinensischen Volk fortsetzt.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Ist es nicht so, dass viele Iraner diese Regierung stürzen sehen wollen? Wir haben erst vor wenigen Wochen Zehntausende gesehen, die auf die Straße gegangen sind, und viele tausend Menschen wurden von den Sicherheitskräften getötet. Die öffentliche Meinung ist in dieser Frage also gespalten.*

**Mohammad Marandi:** Glauben Sie nicht Ihrer eigenen Propaganda. Das ist albern. Sie hatten bereits ein Interview. Ich habe bereits mit Ihrem Kollegen gesprochen. 3.117 Menschen wurden getötet, Hunderte waren Polizisten und Leute, die als Freiwillige auf den Straßen patrouillierten, und Hunderte andere waren einfache Leute, die von diesen

Milizionären und diesen Terroristen, die Waffen benutzten, um zu töten, ermordet wurden. In Ihrem Land, wenn sie einen einzigen Polizisten töten, sind sie empört. Hier haben sie Hunderte getötet, einschließlich der Freiwilligen. Das war also kein friedlicher Protest. Und das wissen Sie ganz genau, weil ich weiß, dass Sie diese Dinge verfolgen. Im Iran hatten wir am 12. Februar Millionen von Menschen auf den Straßen Teherans und zig Millionen im ganzen Land, die gegen die Randalierer protestierten. Und am 11. Februar, dem 47. Jahrestag der Revolution, hatten wir wieder Millionen von Menschen auf den Straßen Teherans und zig Millionen im ganzen Land. Und während wir hier sprechen, während wir jetzt sprechen, haben Sie Millionen von Menschen auf den Straßen Teherans unter Bombardement und in anderen Städten unter Bombardement, die des Märtyrers Ajatollah gedenken. Sie können also so tun, dass die Iraner wollen, dass ihr Land bombardiert wird, aber am Ende werden Ihre Politiker, die ihrer eigenen Propaganda glauben, sich schon wieder den Kopf an der Betonwand stoßen. Aber diesmal wird der Preis sehr hoch sein, und ich denke, es wird eine Veränderung in der globalen Politik bewirken.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Ich bestreite nicht, dass eine große Zahl von Menschen zur Unterstützung der Regierung auf die Straße gegangen ist, aber Ihrem eigenen Bericht zufolge, wie Menschen getötet wurden und praktisch auf den Straßen kämpften, ist das Land eindeutig bis zu einem gewissen Grad gespalten, und es gibt viele Menschen, die die Regierung nicht unterstützen. Aber ich frage mich, in Kriegszeiten ändert sich die öffentliche Meinung oft, und die Taten eines äußeren Angreifers können die öffentliche Meinung ändern, und ich frage mich nur, ob Sie denken, dass das im Iran passieren könnte.*

**Mohammad Marandi:** Nein, die starke Mehrheit der Iraner, selbst laut Umfragen der University of Maryland zum Beispiel

in der Vergangenheit, ich weiß nicht, ob sie noch Umfragen durchführen, aber es zeigt, dass die starke Mehrheit der Iraner die Verfassung unterstützt. Und jetzt, wo die Vereinigten Staaten Iraner ermorden, sehen viele dieser Jugendlichen, die auf der Straße waren und die den falschen westlichen Narrativen über Menschenrechte, Würde und Freiheit glaubten, wie Kinder abgeschlachtet werden, und die westlichen Medien ignorieren es, und die westlichen Regierungen entschuldigen sich nicht einmal dafür. Und das britische und das deutsche Regime, der deutsche Kanzler sagt, es müsse einen Regimewechsel im Iran geben. Der deutsche Kanzler muss sich zuerst beim iranischen Volk dafür entschuldigen, dass er Saddam Hussein Chemiewaffen gegeben hat, die er gegen uns eingesetzt hat und die so viele tausend Menschen getötet haben. Das deutsche Regime hat keinerlei Glaubwürdigkeit und ist in keiner Weise in der Position, über den Iran zu sprechen. Und die Spaltungen, die es gerade in Ihrem Land und in den Vereinigten Staaten gibt, sind weitaus größer als die Spaltungen, die es im Iran gibt. Das Volk des Iran ist geeint, und wir werden sehen, dass die Vereinigten Staaten scheitern werden und die Vereinigten Staaten einen hohen Preis zahlen werden, und letztendlich wird das iranische Volk sehen, dass der Kaiser keine Kleider trägt. Die Vereinigten Staaten schikanieren Land um Land. Sie erwürgen Kuba. Sie nehmen das Volk Venezuelas als Geisel. Sie zwingen dem Volk Syriens die Herrschaft von Al-Qaida auf. Der Iran war eine Brücke zu weit. Der Iran wird den Amerikanern zeigen, dass sie mit dem falschen Land aneinandergeraten sind.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Was ist mit der Kompetenz Ihres Sicherheitsapparats? Nach der Tötung des Ajatollahs mit so vielen hochrangigen Persönlichkeiten haben wir jetzt gesehen, dass die Geistlichen sich wieder im Gebäude des Expertenrats in Qom getroffen haben und dass auch dieses bombardiert wurde.*

*Finden Sie es nicht sehr seltsam, dass sich hochrangige iranische Persönlichkeiten immer noch an bekannten Orten treffen, wo sie ins Visier genommen werden können?*

**Mohammad Marandi:** Nein. In dem Gebäude war niemand. Warum glauben Sie diesen Unsinn? Und hochrangige militärische Persönlichkeiten, außer im Büro des Führers, wo eine Anzahl von Menschen getötet wurde, wurde niemand sonst getötet. Und der Ajatollah sagte, ich werde in meinem Haus bleiben, weil viele Menschen, die in Not sind, ihre Häuser nicht verlassen können, und ich werde bis zum Ende hierbleiben, wegen dieser Menschen. Und er blieb, und er wurde zum Märtyrer. Das ist etwas, was Ihr Führer niemals tun würde. Aber wie dem auch sei, wir sehen, wie die iranischen Streitkräfte effektiv gegen diese finstere Supermacht unserer Zeit und gegen dieses völkermordende zionistische Regime, das weiterhin Menschen in Gaza, in Palästina und im Libanon abschlachtet, zurückschlagen. Gleichzeitig führen sie einen Krieg, und der Iran drängt sie zurück. Gleichzeitig sehen wir, dass die Regierung trotz der Sanktionen des maximalen Drucks, wir sehen, dass die Menschen Nahrung haben, dass es keine Schlangen gibt. Das ist schon ziemlich bemerkenswert, muss ich sagen. Und Ihre Regierung, die keine Sanktionen und keinen Krieg hat, das Regime in London, erweist sich als nicht sehr effizient und auch nicht sehr beliebt.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Nur noch abschließend: Der Präsident der Vereinigten Staaten und der israelische Premierminister haben den obersten Führer des Iran getötet. Wird es nun das Ziel der iranischen Armee und all ihrer Netzwerke auf der ganzen Welt sein, sich an diesen Individuen zu rächen?*

**Mohammad Marandi:** Was die Vereinigten Staaten getan haben, war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Was sie tun, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir haben keine Erwartungen an

den Westen noch an die westlichen Medien. Westliche Eliten sind für uns ein Haufen wertloser Barbaren. Die Iraner werden sich selbst schützen. Ich weiß nicht, was der Iran oder seine Verbündeten auf der ganzen Welt tun werden, aber die ganze Welt hat die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten und ihre Stellvertreter in Europa sich verhalten, satt und überdrüssig. Es ist ein Schurkenregime, während wir sprechen. Sie erwürgen

die Menschen in Kuba. Sie verhindern, dass Nahrungsmittel hereinkommen. Ich sehe keine Empörung in den westlichen Medien. Warum? Weil die westlichen Medien genauso wertlos sind wie die westlichen Eliten.

**Krishnan Guru-Murthy:** *Wir belassen es dabei. Mohammad Marandi, ich danke Ihnen vielmals.*

**Mohammad Marandi:** Danke.

# Trumps Hobson'sche Wahl<sup>1</sup> im Iran-Krieg

Michael Roberts

Heute (12.3.) stieg der Rohölpreis auf über 95 Dollar pro Barrel, obwohl die Internationale Energieagentur (IEA) die bisher größte Freigabe von Notölreserven genehmigt hat und die Mitgliedstaaten 400 Millionen Barrel freigeben sollen. Dies hatte jedoch kaum Auswirkungen auf den Ölpreis, da der Irak den Betrieb seiner Öltankers einstellen musste, nachdem zwei Öltanker in irakischen Gewässern angegriffen worden waren. Auch die Straße von Hormus bleibt weiterhin praktisch gesperrt, da Berichten zufolge mehrere Handelsschiffe vor der Küste des Iran angegriffen wurden. Dies hat die großen Produzenten im Nahen Osten dazu veranlasst, ihre Produktion zu drosseln, wodurch sich das weltweite Angebot weiter verknappt hat. Die iranische Regierung erklärt, dass die USA garantieren müssen, dass weder sie noch

Israel das Land in Zukunft angreifen werden, damit ein Waffenstillstand in Betracht gezogen werden kann.

Der Krieg im Iran verläuft also nicht gut für Donald Trump. Sein »Krieg der Wahl« (d.h. ungezügelter Aggression) ist zu einer Hobson-Wahl geworden. Sein »Plan«, die iranische Führung mit einigen schnellen Bombenangriffen zu enthaupen und so einen Regimewechsel nach dem Vorbild der »Venezolanischen Lösung« zu erreichen, ist nicht aufgegangen.

Der Iran ist nicht Venezuela. Es ist ein riesiges Land mit über 90 Millionen Einwohnern und einem Staat, der bis an die Zähne mit Waffen bewaffnet ist, um sich zu verteidigen. Für das von Mullahs kontrollierte iranische Regime ist dies ein existenzieller Kampf.

1 Eine »Hobson's Choice« (Hobsons Wahl) ist eine Entscheidungssituation ohne echte Wahlmöglichkeit: Man nimmt das Angebot an oder bekommt gar nichts (»Friss oder stirb«). Der Begriff stammt von Thomas Hobson (17. Jh.), der seinen Kunden in Cambridge nur das Pferd anbot, das dem Stalltor am nächsten stand, oder gar keines.

Trump steht nun also vor einer Hobson-Wahl: Entweder er erklärt einen »Sieg« und erreicht einen Waffenstillstand mit dem Regime, oder er verdoppelt seinen Einsatz mit dem möglichen Einsatz von Bodentruppen und noch mehr Bombenangriffen, um zu versuchen, das Regime mit purer militärischer Macht zu stürzen.

Das könnte jedoch den Tod vieler Amerikaner bedeuten. Die Israelis wollen nicht aufhören. Sie wollen den Iran, wenn möglich, in den Zustand von Gaza versetzen. Aber sie sind auf US-Finanzmittel und Waffen angewiesen und sehen sich zudem gefährlichen Raketenangriffen aus dem Iran und von der Hisbollah im Libanon ausgesetzt.

So oder so, nachdem sie einen Krieg begonnen haben, den die Mehrheit der Amerikaner (laut Meinungsumfragen) ablehnt, stehen Trump und seine Gefolgsleute vor einer Niederlage bei den Kongresswahlen zur Mitte der Amtszeit. Der von Trumps Republikanern kontrollierte Kongress hat nichts unternommen, um diesen Krieg zu beenden, der nach der US-Verfassung illegal ist. Auch ein demokratischer Kongress kann nicht garantieren, dass er Trump zügeln wird, aber zumindest könnte er die Finanzierung des Krieges blockieren und andere Wirtschaftspolitikern Trumps stoppen.

## US- Kriegskosten 1 Mrd. \$ pro Tag

Und dieser Krieg kostet den amerikanischen Staat über 1 Milliarde Dollar pro Tag. Sicher, die Trump-Regierung hat das »Verteidigungsbudget« drastisch auf über 1 Billion Dollar pro Jahr erhöht, aber schon nach nur zwei Wochen verbraucht der Krieg einen beträchtlichen Teil der verfügbaren Waffen und Logistik. Dies schränkt die Möglichkeiten ein, den Krieg in der Ukraine fortzusetzen. Der ukrainische Präsident Selenskyj beklagt bereits den Mangel an Finanzmitteln und Waffen, die er benötigt, um die Front gegen die Russen aufrechtzuerhalten.

Aber es geht nicht nur um die Kosten des Krieges für den amerikanischen Haushalt, viel besorgniserregender sind die Auswirkungen auf die Energiepreise und letztlich auf die Weltwirtschaft. Wie ich in einem früheren Beitrag dargelegt habe, würden die Öl- und Gaspreise nur dann auf astronomische Höhen steigen, wenn zwei Dinge eintreten würden: Erstens, wenn die Straße von Hormus, ein wichtiger Engpass für den Schiffsverkehr, blockiert würde, und zweitens, wenn die Ölförder- und -verteilungsanlagen in den Golfstaaten, Saudi-Arabien und Iran zerstört würden.

Bislang ist Ersteres der Fall.

## Anstieg der Energiepreise – Auswirkungen auf die Weltwirtschaft

Allein die Drohung, Tanker in der Meerenge anzugreifen, hat den Schiffsverkehr zum Erliegen gebracht, während die Prämien für Transportversicherungen in die Höhe geschossen sind, sodass viele Schiffe nicht mehr rentabel sind. Um Zerstörungen zu vermeiden, haben viele Golfstaaten ihre Produktionsanlagen geschlossen. Trotz der Behauptungen Trumps, dass Schiffe von der US-Marine durch die Meerenge eskortiert werden und das iranische Regime »fast vollständig« besiegt sei, schwanken die Öl- und Gaspreise weiterhin massiv und bleiben deutlich über dem Vorkriegsniveau.

Was könnte all dies für die Weltwirtschaft bedeuten? Das hängt davon ab, was mit den Öl- und Gaslieferungen aus der Region geschieht und wie groß der langfristige Schaden an den Öl- und Gasanlagen ist. Wenn innerhalb der nächsten Woche ein Waffenstillstand erreicht wird, würde es zwar immer noch zu einem Rückgang der weltweiten Öl- und Gasexporte kommen, dieser wäre jedoch nicht so gravierend, dass die Energiepreise auf dem derzeit hohen Niveau bleiben würden. Sollte der Konflikt jedoch noch Monate andauern, könnten die Energieexporte um 5 bis 6 % zurückgehen, wodurch die Preise etwa 10 bis

20 % über dem Vorkriegsniveau bleiben würden. Und wenn die Öl- und Gasanlagen dauerhaft beschädigt oder für lange Zeit außer Betrieb wären, könnten die Ölpreise 150 USD/Barrel erreichen, also fast das Dreifache des Vorkriegsniveaus, und die Erdgaspreise würden auf 120 EUR/MWh steigen, also das Vierfache des Vorkriegsniveaus. Laut Capital Economics wäre ein solcher Anstieg vergleichbar mit dem globalen Angebotschock Ende der 1970er Jahre, der zu hoher Inflation und einer weltweiten Rezession beitrug. Aber vielleicht wird es gar nicht so schlimm, da die großen Volkswirtschaften dank der Umstellung auf erneuerbare Energien und einer allgemeinen Verbesserung der Energieeffizienz viel weniger von Öl und Gas abhängig sind als in den 1970er Jahren.

Dennoch würde ein langer Krieg den bestehenden Trend in den großen Volkswirtschaften in Richtung »Stagflation« verstärken, d. h. steigende Preisinflation und Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig sinkendem Wirtschaftswachstum. Laut den Ökonomen der Royal Bank of Canada würde die Verbraucherpreisinflation in den USA von derzeit 2,4 % im Jahresvergleich auf 3,7 % steigen, wenn die Ölpreise bei 100 Dollar pro Barrel bleiben würden.

Die US-Wirtschaft verlor im Februar 92.000 Arbeitsplätze, und die Arbeitslosenquote stieg auf 4,4 Prozent. Und das nach einem Jahr 2025, das durch den schwächsten durchschnittlichen monatlichen Beschäftigungszuwachs außerhalb einer Rezession seit mehr als zwei Jahrzehnten gekennzeichnet war. Der Krieg mit dem Iran wird die Arbeitslosigkeit nur noch weiter erhöhen.

Auch in Europa würde die Inflation spiralförmig ansteigen, wenn die Erdgaspreise auf dem aktuellen Niveau bleiben. Und in den ostasiatischen Volkswirtschaften und in Indien würde die Inflation deutlich zunehmen. Laut dem Internationalen Währungsfonds würde das

weltweite Wirtschaftswachstum einen Anstieg der Energiepreise um 10 % verkraften und sich nur von den derzeit prognostizierten 3,2 % für dieses Jahr auf 3 % verlangsamen. Das Vereinigte Königreich und der Euroraum würden jeweils nur um 1 % oder weniger wachsen.

Wenn die Ölpreise jedoch über 100 USD/Barrel bleiben, wären die Schäden viel größer. So schätzt die Société Générale beispielsweise, dass jeder nachhaltige Anstieg der Ölpreise um 10 USD das Leistungsbilanzdefizit Indiens, das derzeit bei etwa 1 % des BIP liegt, um einen halben Prozentpunkt vergrößern und das Wirtschaftswachstum um 0,3 % verringern würde. Bei 100 USD/b würde dies ein Leistungsbilanzdefizit von 3 % des BIP und einen Rückgang des Wirtschaftswachstums von prognostizierten 6,4 % im Jahr 2026 auf 5 % bedeuten. Bei einem solchen Ölpreisniveau könnte das reale BIP-Wachstum der USA um 0,8 Prozentpunkte sinken (d. h. von 2 % pro Jahr auf fast 1 %) und die Inflation in den USA könnte 4 % pro Jahr erreichen.

Dies würde die Zentralbanken vor ein ernstes Dilemma stellen. Sollten sie ihre Leitzinsen anheben, um zu versuchen, die Inflation einzudämmen, oder sollten sie den Inflationsanstieg einfach hinnehmen, anstatt das Wirtschaftswachstum zu beeinträchtigen? Eine Zinserhöhung könnte das Platzen der noch bevorstehenden KI-Blase auslösen.

So oder so würden Haushalte auf der ganzen Welt, sowohl in den Volkswirtschaften des Globalen Nordens als auch des Globalen Südens, mit steigenden Preisen und Kreditkosten und/oder sinkenden Beschäftigungszahlen und Einkommen konfrontiert sein. Für sie wie auch für Trump wäre es eine Hobson'sche Wahl.

Quelle: <https://thenextrecession.wordpress.com/2026/03/12/trumps-hobson-choice/>, 12. März 2026

# China wird nicht die Rolle des Sicherheitsgaranten für den Iran übernehmen

## Peking will die Bündnisverpflichtungen der Vereinigten Staaten nicht nachahmen

Zichen Wang<sup>1</sup>

Für viele westliche Analysten scheint Chinas Reaktion auf die Iran-Krise ein bekanntes Urteil zu bestätigen: Peking ist ein unzuverlässiger Freund. Es kauft iranisches Öl, verurteilt einseitige Militäraktionen, ruft zur Zurückhaltung auf – und tut dann nicht das, was seiner Meinung nach eine Großmacht für einen Partner unter Druck tun sollte: ihm militärisch zu Hilfe kommen, entweder direkt oder durch die Lieferung von Waffen und Finanzmitteln.

Es ist sicherlich richtig, dass China nicht bereit ist, für den Iran dieselbe Rolle zu übernehmen, die die Vereinigten Staaten seit langem für ihre eigenen Partner spielen. Das bedeutet jedoch nicht, dass China unentschlossen ist oder dass seine Beziehungen zum Iran unaufrecht sind. Es bedeutet vor allem, dass zu viele Beobachter jede aufstrebende Macht immer noch an den Maßstäben der USA messen.

In Washington wird Macht immer noch anhand von Bündnissen, Sicherheitsgarantien und der Umwandlung politischer Beziehungen in militärische Verpflichtungen gemessen. Sobald dieses Modell als universell angesehen wird, wird jede Weigerung, als militärischer Schutzherr zu agieren, als Zeichen von Schwäche gewertet. Doch Peking hat seine Macht nie auf diese Weise organisiert – und die Gründe dafür lassen sich nicht auf eine einzige zynische Kalkulation reduzieren.

Für Peking stehen innenpolitische Prioritäten an erster Stelle. So mächtig China auch geworden ist, es bleibt weiterhin mit der internen Modernisierung beschäftigt: Belegung der Nachfrage, Schaffung von Arbeitsplätzen, Schuldenmanagement, Bewältigung des demografischen Drucks, Aufrechterhaltung des technologischen Fortschritts und Erhalt der sozialen Stabilität. Die Außenpolitik wird in erster Linie danach beurteilt, ob sie ein funktionsfähiges externes Umfeld für innenpolitische Ziele wie einen stabilen Zugang zu Märkten oder Technologien sicherstellt. Unbegrenzte militärische Verpflichtungen gegenüber fernen Partnern stehen im Widerspruch zu dieser Hierarchie – insbesondere, wenn Chinas zentrale wirtschaftliche und politische Herausforderungen weiterhin im eigenen Land liegen.

Auch die historische Erinnerung prägt die strategische Tradition. Die politische Identität des modernen China wurde durch Invasion, Zwang und nationale Demütigung geprägt. Ein Land mit dieser Erfahrung neigt weniger dazu, die Idee zu romantisieren, dass starke Staaten ins Ausland reisen sollten, um schwächere mit Gewalt neu zu ordnen. Dies wird oft als Propaganda abgetan, aber es ist die Botschaft, die der Staat im Inland verbreitet, auch in Schulbüchern.

1 Zichen Wang, stellvertretender Generalsekretär des Center for China and Globalization (CCG)

Die historischen Aufzeichnungen entsprechen weitgehend diesem Instinkt: Abgesehen vom Koreakrieg, der die eigene Grenze bedrohte, hat China selten Gewalt angewendet, um in erster Linie ein Drittland zu verteidigen, sondern die meisten seiner Kriege standen stattdessen im Zusammenhang mit seinen Grenzen.

**Peking ist in der Lage, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, wenn seiner Meinung nach wichtige internationale Interessen auf dem Spiel stehen, aber es hat keine globale oder auch nur regionale Rolle im Bereich der Expeditionskriegsführung aufgebaut.** China ist instinktiv vorsichtig, wenn es darum geht, als Protektoratsverwalter eines anderen Landes zu fungieren.

Dann gibt es noch das Beispiel der Vereinigten Staaten selbst. Peking hat jahrzehntelang beobachtet, wie Washington einen Krieg nach dem anderen führte und dann darum rang, seine Überlegenheit auf dem Schlachtfeld in dauerhafte politische Ergebnisse umzusetzen. Vom Irak bis Afghanistan und darüber hinaus haben chinesische Politiker daraus nicht die Lehre gezogen, dass Gewalt irrelevant ist, sondern dass sie oft nicht zu akzeptablen Kosten für Ordnung sorgen kann. Militärische Macht kann eine alte Ordnung zerstören, aber sie kann nicht zuverlässig eine legitime neue Ordnung aufbauen.

Aus chinesischer Sicht ist die Bilanz der USA nach dem Ende des Kalten Krieges ebenso eine warnende Geschichte über Übergriffigkeit wie ein Beweis für ihre Fähigkeiten.

Es mangelt auch an Kapazitäten. Selbst wenn Peking nach dem Vorbild der USA zum Sicherheitsgaranten im Nahen Osten werden wollte, hätte es damit zu kämpfen. China hat sein Militär rasch modernisiert, aber es fehlt ihm immer noch das Bündnisnetzwerk, die regionale Streitkräftestruktur, die Kampferfahrung und die logistische Infrastruktur der Vereinigten Staaten, um seine Macht nachhaltig zu projizieren. Es ist eine Großmacht mit wachsenden globalen Interessen, aber keine, die in der Lage ist, Ordnung in der Weise zu garantieren, wie es Washington kann.

Der Iran veranschaulicht den Unterschied zwischen Interesse und Verpflichtung. China ist der größte Abnehmer von iranischem Rohöl und hat offensichtliche Gründe, sich um die Stabilität am Golf, die Sicherheit der Schifffahrtswege und das allgemeine regionale Gleichgewicht zu kümmern. Aber diese Interessen sind keine Verpflichtung zu einem Bündnis. Ein Großteil des iranischen Öls, das nach China fließt, wird nicht von den größten staatlichen Energiekonzernen gekauft, sondern von kleineren unabhängigen Raffinerien, die von den günstigen Preisen angezogen werden. Der Iran ist für China wichtig, aber nicht in der Weise, wie Vertragspartner oder zentrale Sicherheitsbereiche für die Vereinigten Staaten wichtig sind. Bedeutung ist nicht dasselbe wie Verpflichtung.

Hier führt die Erzählung von der »Achse« in die Irre. Die Einbindung der Beziehungen Chinas zu Ländern wie dem Iran in eine Blockgeschichte verleitet Beobachter dazu, wirtschaftliche Koordination und gemeinsamen Widerstand gegen den Druck der USA als Anfangsstadien eines Militärbündnisses zu betrachten. Chinas Einfluss hat sich jedoch in der Regel über Handel, Infrastruktur, Finanzen und Diplomatie ausgebreitet. Diese können von Zeit zu Zeit als Waffen eingesetzt werden, sind jedoch keine vertraglichen Garantien. In der Praxis hat Peking von einem Sicherheitsumfeld profitiert, das weitgehend von den Vereinigten Staaten garantiert wurde, während es gleichzeitig die Kosten und Verstrickungen vermieden hat, die mit einer Sicherheitspatenschaft einhergehen.

Diese Haltung hat Vorteile. Sie verschafft Peking Flexibilität. Sie verringert das Risiko einer strategischen Überdehnung. Sie ermöglicht es China, gleichzeitig Beziehungen zu rivalisierenden Akteuren zu pflegen.

Sie hat aber auch Grenzen. China kann oft das Umfeld in Friedenszeiten effektiver gestalten, als es die Ergebnisse bestimmen kann, sobald eine Krise gewalttätig wird.

Wenn Abschreckung, Schutz der Streitkräfte, Koordinierung der Nachrichtendienste

und Notfallgarantien erforderlich sind, wenden sich die regionalen Akteure nach wie vor zuerst an Washington und nicht an Peking. Chinas Einfluss ist real, aber er ist nicht symmetrisch zu dem der Vereinigten Staaten.

Teile des chinesischen Handels mit dem Iran finden im Schatten einseitiger US-Sanktionen statt, und Washington hat wiederholt Unternehmen ins Visier genommen, die am iranischen Ölhandel beteiligt sind. Das beweist zwar nicht die Existenz einer geheimen Militärallianz. Aber es schürt die Skepsis des Westens, dass Peking die Vorteile von Beziehungen ohne die damit verbundenen Verpflichtungen nutzen will – und lässt Chinas Forderungen nach »Stabilität« manchmal wie eine Präferenz für kostengünstige Kontinuität klingen.

Dennoch sollte die Erkenntnis der Grenzen Pekings nicht zu einer gefährlicheren Fehlinterpretation führen: der Vorstellung, dass chinesische Zurückhaltung bedeutet, dass chinesische Interessen ein legitimes Ziel sind.

Wenn Washington zu dem Schluss kommt, dass Chinas Unwilligkeit, als Sicherheitsgarant zu agieren, bedeutet, dass es auch Druck auf alle seine Interessen im Ausland tolerieren wird, könnte dies zu einer ernsthaften Eskalation führen. Sobald das Ziel nicht mehr ein anderer Staat ist, sondern rechtmäßige chinesische Handelsinteressen im Ausland, ändert sich die Lage. Es geht nicht mehr darum, ob Peking bereit ist, einen Partner zu retten. Es geht vielmehr um die Frage, ob die Vereinigten Staaten China selbst direkt herausfordern.

Erste Anzeichen für eine solche Überdehnung sind bereits sichtbar. In Panama wurde kürzlich die Pacht von zwei Häfen durch ein Hongkonger Unternehmen, das bekanntermaßen mit Peking auf Eis liegt, aufgrund von Falschaussagen des US-Präsidenten Donald Trump entzogen, obwohl solche kommerziellen Aktivitäten zuvor nicht als unerträglich angesehen worden waren. In Peru hat Washington den von China unterstützten Hafen Chancay zunehmend unter Sicherheitsaspekten inszeniert.

Trump versucht auch, China aus Venezuela zu vertreiben. Der allgemeine Trend geht dahin, dass Washington zunehmend versucht ist, die normale chinesische Wirtschaftspräsenz als latente Bedrohung und damit als legitimes Ziel geopolitischer Zwangsmaßnahmen zu betrachten.

China ist möglicherweise nicht willens – oder in der Lage –, seine Partner so zu verteidigen, wie es die Vereinigten Staaten tun. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass es passiv bleibt, wenn es zu dem Schluss kommt, dass sich die Politik der USA von der Bekämpfung einzelner Staaten hin zur systematischen Einschränkung rechtmäßiger chinesischer Wirtschaftsinteressen ohne direkten militärischen Charakter verschiebt.

Das ist der Unterschied zwischen der Weigerung, Irans Schutzmacht zu sein, und der Akzeptanz eines Präzedenzfalls, wonach chinesische Interessen im Ausland als entbehrlich behandelt werden können.

Chinas Haltung gegenüber dem Iran sollte daher nicht als Beweis dafür gewertet werden, dass es insgeheim die Rolle der Vereinigten Staaten übernehmen will und dabei gescheitert ist, aber sie sollte auch nicht als leere Worte abgetan werden. Sie spiegelt eine andere Vorstellung von Macht wider: strategische Relevanz ohne Führungsrolle in einem Bündnis, wirtschaftliche Reichweite ohne automatische Sicherheitsverpflichtungen und diplomatischer Einfluss ohne permanente militärische Präsenz.

Das eigentliche Risiko besteht nicht darin, dass China zu einem zweiten USA wird. Es besteht vielmehr darin, dass die Vereinigten Staaten, die sich keine Großmacht vorstellen können, die nicht mit Protektoraten und Garantien operiert, weiterhin Zurückhaltung mit Schwäche verwechseln – und aufgrund dieses Irrtums in einer Weise handeln, die die Rivalität schärfer, umfassender und gefährlicher macht, als sie sein müsste.

Quelle: [https://foreignpolicy.com/2026/03/06/iran-war-china-security-alliances/?utm\\_source=substack&utm\\_medium=email](https://foreignpolicy.com/2026/03/06/iran-war-china-security-alliances/?utm_source=substack&utm_medium=email)

# Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder«

Wir verurteilen die erneute völkerrechtswidrige Aggression der USA und Israels gegen den Iran und die Ermordung seines Staatsoberhauptes aufschärfste. Es ist auch diesmal ein hinterhältiger Überfall während laufender Verhandlungen und wie der Angriff auf Venezuela vor wenigen Wochen ein Akt nackter imperialistischer Gewalt. Es handelt sich um einen weiteren unprovokierten Angriffskrieg, der unverhüllt auf einen Regime Change zielt, gerechtfertigt mit haltlosen Vorwürfen einer atomaren Bedrohung durch den Iran. Im Gegenteil, der Iran betonte bei den aktuellen Verhandlungen, »null« atombombenfähiges Nuklearmaterial anzuhäufen.« Selbst die 16 US-Geheimdienste kamen in ihrer letzten gemeinsamen Bedrohungsanalyse zum Schluss, dass nichts auf ein iranisches Atomwaffenprogramm hindeutet. Zudem haben die USA und Israel das zivile Nuklearprogramm nach eigener Einschätzung im Juni letzten Jahres weitgehend zerstört.

Wir sind bestürzt und empört über die hohe Zahl von Opfern der massiven Bombardierung iranischer Städte. Nach Angaben des iranischen Roten Halbmonds wurden bereits am ersten Tag über 200 Menschen im Iran getötet, bei einem israelischen Luftangriff auf eine Grundschule in der südiranischen Stadt Minab allein mindestens 108 Schülerinnen.

Die rechtsextremen Regierungen Trumps und Netanjahus haben einen Krieg vom Zaun gebrochen, dessen weiterer Verlauf nicht abzusehen ist. Der Iran lanciert, wie zuvor angekündigt, nicht nur effektive Gegenangriffe auf Ziele in Israel, wie beim vorangegangenen Krieg im Juni 2025, sondern auch auf die Militärbasen der USA in den arabischen Nachbarstaaten. Die Gefahr einer Ausweitung in einen Flächenbrand

ist akut. Schwere Treffer auf einen US-Stützpunkt mit einer großen Zahl von Toten oder erhebliche Zerstörungen an einem Kriegsschiff können den Krieg nun jederzeit unkontrollierbar eskalieren lassen.

Der Iran hat zudem die Straße von Hormuz, durch die 20 Prozent der weltweiten Erdgas- und Erdöltransporte laufen, geschlossen. Das droht die Treibstoffkosten auch im Westen in die Höhe zu katapultieren.

Russland und China haben nach dem 12 Tage-Krieg 2025 ihre militärische Unterstützung des Irans stark ausgeweitet und in den letzten Wochen Kriegs- und Aufklärungsschiffe in die Region entsandt, vermutlich auch, um die iranische Luftabwehr mit Daten über Angreifer zu versorgen. Auch wenn beide Verbündete sich nicht aktiv einmischen werden, birgt dies ebenfalls Eskalationsgefahren, auch angesichts des israelischen Atomwaffenarsenals. Die israelische Führung könnte bei anhaltenden iranischen Gegenschlägen und schwindenden Luftabwehrkapazitäten versucht sein, darauf zurückzugreifen – in der Überzeugung, keine schweren Konsequenzen fürchten zu müssen.

Wir verurteilen die Komplizenschaft Deutschlands und der EU bei den militärischen Angriffen und den Wirtschaftsblockaden gegen den Iran. Sie haben bereits den Krieg im Juni 2025 nicht verurteilt, sondern ihn im Gegenteil – wie es Kanzler Merz ausdrückte – als Übernahme der »Drecksarbeit für uns alle«, begrüßt. Damit gaben sie auch grünes Licht für eine weitere Aggression. Zudem haben sie den Wirtschaftskrieg verschärft – ganz bewusst, wie Außenminister Wadephul zugab, um die Notlage der Bevölkerung zu vergrößern und einen Aufstand zu befeuern.

Wir sind zudem empört über den abscheulichen Zynismus der Bundesregierung, die auch diesmal nicht den Angriffskrieg verurteilt, sondern Teheran auffordert, seine Gegenangriffe auf militärische Stützpunkte der Aggressoren einzustellen.

Letztlich beteiligen sich Deutschland und die EU am »*hybriden Krieg gegen den Iran*«, den, so der renommierte Ökonom Jeffrey Sachs, die USA und Israel »*durch Wirtschaftssanktionen, Militärschläge, Cyberangriffe, psychologische Operationen und Desinformationskampagnen*« führen.

Ein Krieg gegen die Islamische Republik Iran steht in Washington seit langen auf der Agenda. Offensichtlich geht es dabei nicht im Geringsten um Demokratie und Menschenrechte im Iran, sondern darum, einen störenden Gegenspieler zu zerschlagen, so wie schon Libyen und Syrien als funktionierende Staaten zerstört wurden. Gemeinsames Ziel des politischen Westens ist, das Land als relevante Macht in der Region und

wichtigen Pol in der Entwicklung einer multi-polaren Welt auszuschalten. Für Israel würde es den Weg frei machen, die Region weiter gewalt-sam und gemäß seinen Interessen zu ordnen.

Wir fordern:

- den sofortigen Stopp des Krieges gegen den Iran
- ein Ende der deutschen Unterstützung für die militärischen Angriffe und den Wirtschaftskrieg gegen das Land. Das bedeutet insbesondere Stopp aller Waffenlieferungen an Israel und Ablehnung der Nutzung der US-Stützpunkte auf deutschem Boden für den Krieg gegen den Iran.
- eine klare Verurteilung der völkerrechts-widrigen Aggression durch die deutsche Bundesregierung
- Einsatz für einen Waffenstillstand und faire Friedensverhandlungen mit dem Iran

(1.3.2026)

# Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft (ICAP)<sup>1</sup>

La Habana, 28 de febrero de 2026

Das kubanische Institut für Völkerfreundschaft verurteilt aufs Schärfste die gemeinsamen Militärangriffe, die heute von den Vereinigten Staaten und Israel gegen die Islamische Republik Iran durchgeführt wurden.

Das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) verurteilt aufs Schärfste die gemeinsamen Militärangriffe der Vereinigten

Staaten und Israels gegen die Islamische Republik Iran. Dieser Kriegshandlung stellt einen flagranten Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen dar und verletzt brutal die Souveränität und territoriale Integrität der persischen Nation sowie die fragile regionale Stabilität.

<sup>1</sup> <https://misiones.cubaminrex.cu/es/articulo/declaracion-del-instituto-cubano-de-amistad-con-los-pueblos-icap>

Diese neue Aggression, die Hunderte von Toten und Verletzten gefordert hat – darunter auch der Angriff auf eine Grundschule für Mädchen in der Provinz Minab – sowie umfangreiche materielle Schäden in mindestens 24 Provinzen des Landes, zeigt die völlige Missachtung des menschlichen Lebens und der multilateralen Mechanismen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten durch die Aggressormächte.

Besonders schwerwiegend und aufschlussreich ist, dass dieser Angriff nur einen Tag nach dem Abschluss einer neuen Verhandlungsrunde über das iranische Atomprogramm in Genf erfolgt ist, die nach Angaben der Vermittler selbst »bedeutende Fortschritte« gebracht hatte. Mit dieser Offensive haben die Vereinigten Staaten und Israel bewusst den diplomatischen Kanal gesprengt und sich für die einseitige Durchsetzung ihrer Pläne mit brutaler Gewalt entschieden, wobei sie die Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach einer Verhandlungslösung ignoriert haben.

Die Erklärungen der Staatschefs in Washington und Tel Aviv sind ebenso alarmierend und zeigen die Kleinlichkeit und Illegalität ihrer Interessen. Präsident Donald Trump rechtfertigte die Operation mit dem ausdrücklichen Ziel, einen »Regimewechsel« zu erreichen, und forderte das iranische Volk auf, einen Bürgerkrieg zu führen, um die

derzeitige Regierung zu stürzen, während Benjamin Netanjahu seine Absicht bekundete, die »existenzielle Bedrohung« zu beseitigen, die seiner Meinung nach von der persischen Nation für das zionistische Regime ausgeht. Diese Erklärungen stellen eine inakzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates dar und verdienen die Verurteilung durch die internationale Gemeinschaft.

Wir bekunden unsere entschiedene Solidarität mit dem iranischen Volk sowie mit allen unschuldigen Opfern dieser unverantwortlichen imperialistischen Militärmanöver. Wir bekräftigen außerdem unser unerschütterliches Bekenntnis zur Verteidigung des Multilateralismus und zur friedlichen Beilegung von Konflikten, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind. Wir fordern, dass die zuständigen internationalen Mechanismen und Institutionen zur Konfliktlösung entsprechend handeln und die Verantwortlichen für diese Barbarei stoppen.

Der Weltfrieden darf nicht den geopolitischen Interessen derer untergeordnet werden, die unter Missachtung des Rechts versuchen, ihre Hegemonie durch Zerstörung und Tod durchzusetzen.

Keine ausländischen Interventionen mehr!

Nein zum Krieg!

Hände weg vom Iran!

# European Peace Project<sup>1</sup>

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Israels und der USA gegen den Iran ist auf das schärfste zu verurteilen und durch nichts zu rechtfertigen. Er hat bereits einen Flächenbrand ausgelöst der sich auf die komplette Golfregion auszuweiten droht bis hin zu einer atomaren Eskalation welche die Existenz der ganzen Welt bedroht, und dass wegen der israelischen und US-Atomwaffen. Der Iran verfügt nach Einschätzung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und des US-Geheimdienstes derzeit nicht über ein aktives Atomwaffenprogramm.

Nur wenige Stunden nachdem der omanische Außenminister erklärt hatte, der Iran habe einer vollständigen Einstellung der Urananreicherung zugestimmt, bombardierte Israel umgehend Teheran, und die USA schlossen sich dem Angriff sofort an. Das zeigt, dass es nie um Atomwaffen ging und der US-Präsident entweder von Netanjahu beeinflusst ist oder den Krieg aus innenpolitischen Gründen aufgrund der anstehenden Zwischenwahlen nutzt.

Wir fordern alle EU-Regierungen auf, sich wie Spanien und Norwegen klar und unmissverständlich für ein sofortiges Ende der Israelischen und US-Angriffe einzusetzen. Stimmen wie von Starmer, Kiesewetter, Merz, Macron u. a. nach einem Kriegseintritt Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs oder anderer EU-Staaten an der Seite der Aggressoren Israel und den USA sind aufs schärfste zurückzuweisen! Wenn EU-Regierungen und -Leitmedien den Überfall auf andere Länder, die Ermordung von Staatsführern, Wissenschaftlern und Kindern decken anstatt zu verurteilen, tragen sie zum Verfall von Völkerrecht und Rechtsaat bei. Alle

Staaten müssten jetzt das Einhalten des Gewaltverbots einfordern.

Atomwaffen sind durch den Atomwaffenverbotsvertrag grundsätzlich als illegale Massenvernichtungswaffen geächtet. Laut dem Atomwaffensperrvertrag, den der Iran unterzeichnet hat, hat der Staat das Recht, Atomenergie für friedliche Zwecke zu nutzen. Wem es um Sicherheit für die Region und auf der Welt geht, muss alle vorhandenen Atomwaffen abrüsten. Hier muss bei den israelischen Atomwaffen begonnen werden für eine atomwaffenfreie Zone Nahost. Solange Waffen produziert werden, besteht die Gefahr, dass sie eingesetzt werden. Aufrüstung bringt keine Sicherheit, sondern die Eskalationsspirale in den Krieg. Wie sich durch die Bombardierung einer Schule in der Süd-iranischen Provinz Hormusgan gleich am ersten Tag gezeigt hat, trägt jeder Krieg Kriegsverbrechen in sich wie die Wolke den Regen. Noch ein Grund warum Kriege, also gewaltsame Konfliktaustragung, auf jeden Fall zu vermeiden sind und Konflikte durch Dialog, gegenseitigen Perspektivwechsel und Interessensausgleich in Verhandlungen gelöst werden müssen. Das gerade praktizierte »Recht des Stärkeren« gehört in die Steinzeit und wird uns auch wieder in sie zurückführen, wenn wir dem nicht sofort Einhalt gebieten.

Wir als European Peace Project, zusammen mit der europäischen Bevölkerung stehen zu unserem Versprechen nach dem 2. Weltkrieg »Nie wieder Krieg!«. Wir tragen die gemeinsame Verantwortung für die zukunftsweisende Transzendierung der grausamsten Gewalterfahrung der Weltkriege, die mit der Charta der Vereinten Nationen gelang: Durch

1 <https://europeanpeaceproject.eu/erklaerung-des-european-peace-projects-zum-israelisch-amerikanischen-ueberfall-auf-den-iran/>

friedliche Mittel und nach den Grundsätzen des Interessensausgleichs internationalen Streitigkeiten beizulegen. Dabei muss die Souveränität und Selbstbestimmung von Staaten ebenso geachtet werden wie die Gleichheit vor dem Recht. Regime Changes von außen sind völkerrechtswidrig, haben bereits Irak, Libyen und

Syrien in Chaos und Staatszerfall gestürzt und sind grundsätzlich zu verurteilen.

Wir dürfen uns nicht weiter von den USA oder Israel in ihre verbrecherischen Kriege hineinziehen, oder durch US-Waffen und Militärstützpunkte auf unserem europäischen Gebiet zur Zielscheibe machen lassen!

# Aktion Aufschrei fordert Umkehr zu einer Kultur des Friedens<sup>1</sup>

Das Bündnis Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! kritisiert massiv den Trend im globalen Waffenhandel, wie ihn das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI in seinen jüngsten Zahlen darstellt. Dass Deutschland mit einem globalen Anteil von 5,7% vor China auf dem vierten Rang aufrückt – hinter den USA, Frankreich und Russland – war zu befürchten. Deutschland gehört seit Jahren in die Spitzengruppe der weltweiten Exporteure. Tendenz stark steigend, denn im Zeitraum von 2021 bis 2025 nahmen die deutschen Waffenlieferungen (im Vergleich zu 2016 bis 2020) um dramatische 15 Prozent zu.

Die SIPRI-Zahlen zeigen in erschreckender Weise, in welchem Tempo die Rüstungsspiralen weltweit an Fahrt aufnehmen, aber sie benennen die daraus resultierenden Probleme nur unzureichend. Denn deutsche Waffen und Rüstungsgüter werden nicht einfach nur verkauft, sie kommen auch in den Konflikten der Welt zum Einsatz.

*»Die Proliferation von Waffen aus den Kriegsgebieten wird die Wahrscheinlichkeit neuer bewaffneter Konflikte angesichts solcher Herausforderungen weiter befördern. Die SIPRI-Statistik sollte also nicht als reines Ranking missverstanden werden, sondern auch im Lichte der fatalen Folgen von Rüstungsexporten zur Kenntnis genommen werden: Mit ihnen wird Öl ins Feuer der Kriege und Bürgerkriege gegossen«,* kritisiert Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne Aktion Aufschrei und Bundessprecher der DFG-VK. *»Abertausende Menschen wurden und werden zu Opfern dieser hemmungslosen Rüstungsexportpolitik.«*

*»Rüstungsexporte in die Krisen- und Kriegsregionen der Welt oder in Staaten mit schlechter Menschenrechtsbilanz sind kein Ruhmesblatt für die Leistungsfähigkeit irgendeiner Industrie – sie sind ein gefährliches Spiel mit dem Leben der Menschen vor Ort«,* sagt Vincenzo Petracca Sprecher von Aktion Aufschrei und Mitglied der AGDF.

1 <https://bawue.dfg-vk.de/deutschland-viertgroesster-exporteur-von-kriegswaffen-mit-fatalen-folgen-aktion-aufschrei-fordert-umkehr-zu-einer-kultur-des-friedens/>

»Die deutsche Politik will mehr und mehr Rüstungsexporte. Sie erleichtert den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern und höhlt dabei die eigenen und die internationalen Restriktionen aus. Die Entscheidung für oder gegen einen Export wird immer öfter unter dem Aspekt strategischer Opportunität oder wirtschaftlicher Profitabilität getroffen«, fügt Andreas Seifert, Koordinator der Kampagne Aktion Aufschrei, hinzu.

Die enormen Summen, die weltweit für Rüstung aufgewendet werden, werden als

Ressourcen den Staaten entzogen – beispielsweise zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels, des Hungers oder zur Lösung sozialer Probleme.

Das Aufschrei-Bündnis fordert von der Bundesregierung mit CDU/CSU und SPD eine konsequente Umkehr – von der derzeitigen Kriegsunterstützungspolitik durch Rüstungsexporte hin zu einer Kultur des Friedens mit Abrüstung und Friedensverhandlungen.

(10. März 2026)

# Tudeh-Partei/Iran<sup>1</sup>

2.3.2026

## Liebe Landsleute!

Bei den aggressiven Angriffen des kriminellen Netanjahu-Regimes und des amerikanischen Imperialismus auf iranisches Territorium sind Ali Khamenei, Oberster Führer des Regimes und Diktator, der seit 37 Jahren eine destruktive Politik und die reaktionäre Ideologie des »politischen Islam« verfolgt und das Land an den Rand von Krieg und Zerstörung gebracht hat, sowie eine Reihe seiner Familienmitglieder und engen Vertrauten, außerdem einige Kommandeure der Revolutionsgarde, die das Volk unterdrückt haben, getötet worden.

In den letzten 37 Jahren hat Ali Khamenei in seiner Eigenschaft als Oberster Führer die makroökonomische Politik und die politische Ausrichtung des Landes bestimmt und war der Hauptarchitekt der blutigen und brutalen Unterdrückung jeglicher Proteste gegen die destruktive Politik der Islamischen Republik.

Durch die Umsetzung einer Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die Interessen der Großkapitalisten des Landes zu sichern, hat er Millionen Iraner in Armut und Not gestürzt.

Auch seine Familie und enge Vertraute haben den Reichtum und die nationalen Ressourcen des Landes geplündert. Der Tod des Obersten Führers des Regimes könnte der Beginn einer Transformation sein, die dem Volk den Weg ebnet, sein Schicksal und sein Leben selbst in die Hand zu nehmen, und eine neue Ära der Freiheit und Gerechtigkeit für das Land einläutet.

Gleichzeitig wissen wir, dass der amerikanische Imperialismus und seine Verbündeten in der Region, insbesondere die rassistische Regierung Netanjahu, und ihre iranischen Söldner wie Reza Pahlavi finstere Pläne haben, das Land und seine Fähigkeiten zu zerstören und den Iran zu einer Halbkolonie der

1 <https://www.solidnet.org/article/Tudeh-Party-of-Iran-The-Tudeh-Party-of-Iran-strongly-condemns-the-aggressive-attack-by-the-criminal-Israeli-government-and-US-imperialism-against-Iran/>

Vereinigten Staaten in der Region zu machen oder den Iran in langwierige ethnisch-religiöse Bürgerkriege (wie in Libyen oder Syrien) zu verwickeln, um die nationale Souveränität vollständig zu zerstören und den Iran zu teilen. Ein Volk, das seit Jahren unter der Herrschaft der Islamischen Republik um seine Angehörigen trauert, mit Armut kämpft, unter Umweltzerstörung und Luftverschmutzung leidet und mit Krankheit, Verzweiflung und einer ungewissen Zukunft konfrontiert ist, die Werktätigen, die Arbeiterklasse, die Rentner, die Lehrer, Frauen und die bewussten und militanten Jugendlichen und Studenten, die unter großen persönlichen Opfern weiter protestiert und Widerstand geleistet haben, mit anderen Worten: Diese große, leidende Nation besitzt die Reife und das Bewusstsein, die notwendig sind, um ihre eigenen Führer und den Kurs ihrer Zukunft zu bestimmen. Sie braucht keinen Führer, der von ausländischen Invasoren und Plünderern und ihren iranischen Agenten – ob von außerhalb oder innerhalb des Landes – aufgezwungen oder ernannt wird.

### **Liebe Landsleute!**

Unter den derzeitigen kritischen Umständen können die Fortsetzung des Krieges und die barbarischen Bombardierungen, die auf die Zerstörung der wichtigsten Infrastruktur des Landes abzielen – begleitet von der Tötung von Zivilisten, unter anderem in der Stadt Minab, wo es zum Massaker an über hundert Schülerinnen –, weder dem nationalen Interesse dienen noch den Weg für die Verwirklichung der Freiheits- und Gerechtigkeitsbestrebungen des Volkes und der nationalen und fortschrittlichen Kräfte des Landes ebnen, die einen vollständigen Übergang vom derzeitigen autokratischen politischen System anstreben.

Das Schicksal anderer Nationen in Ländern wie Libyen, Syrien, Jemen, Afghanistan und Irak verdeutlicht das. Aus diesem Grund müssen alle nationalen und internationalen Anstrengungen unternommen werden, um einen Waffenstillstand zu erreichen und den

amerikanisch-israelischen Aggressoren und den Kriegstreibern der Islamischen Republik, die nach weitreichender »Rache« schreien, Frieden aufzuzwingen.

Entgegen den Behauptungen der verbleibenden Führer der Islamischen Republik, die mit der Ernennung des künftigen Führungsrats des Regimes beschäftigt sind, und angesichts des tiefen Hasses und der Abscheu des Volkes gegenüber der bestehenden autokratischen Struktur und ihrer aufgezwungenen Politik ist die Fortführung des derzeitigen politischen Systems nicht möglich. Die Fortführung dieses Regimes könnte den Iran an den gefährlichen Abgrund der nationalen Desintegration bringen und der Gesellschaft schweren, verheerenden Schaden zufügen. Unserer Ansicht nach sind die verbleibenden Führer des Regimes jedoch bereit, um ihrer eigenen Überlebenseicherung und ihrer Interessen willen jedes Abkommen mit Trump und Netanjahu einzugehen, um die wackeligen Grundlagen ihrer Macht zu erhalten, und dabei den Iran, die nationalen Interessen des Landes und seine arbeitende Bevölkerung einem historischen Ausverkauf auszusetzen.

Die Mehrheit unseres Volkes fordert heute eine vollständige Veränderung des politischen Systems, das auf der reaktionären Institution des Velayat-e Faqih (Vormundschaft des Rechtsgelehrten) basiert, die vollständige Trennung von Religion und Staat und die Einführung eines Systems, das auf Freiheit und demokratischen, allgemeinen Wahlen basiert, um demokratische Rechte und Freiheiten sowie soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Die Forderungen des Volkes werden nicht durch die Fortführung der derzeitigen verrotteten und volksfeindlichen Struktur, den Ersatz eines Diktators durch einen anderen oder die Beibehaltung einer diktatorischen Struktur unter dem Titel »Rat« verwirklicht werden. Die Umsetzung eines solchen Szenarios wäre eine Katastrophe, die den Iran erneut in Jahrzehnte der Rückständigkeit, der Unterdrückung von Freiheiten und demokratischen Rechten, der

Armut, der Entbehrung für die Mehrheit der Gesellschaft und der Plünderung des Reichtums des Landes durch eine kleine Zahl von Großkapitalisten stürzen könnte.

Liebe Landsleute, patriotische und freiheitsliebende Kräfte des Landes!

In einer Zeit, in der die kriminellen Bombenangriffe der USA und Israels andauern und innerhalb der Struktur der Islamischen Republik ein Führungsvakuum entstanden ist, müssen wir mit allen verfügbaren Mitteln und Ressourcen mit einer Stimme und geschlossen zuerst den Kriegstreibern im Inland und den

Aggressoren im Ausland Frieden aufzwingen und dann die Voraussetzungen für einen Übergang zu einem freien Iran schaffen, der von Tyrannei und Ungerechtigkeit befreit ist.

Das iranische Volk entscheidet über die Zukunft des Iran! Freiheit für alle politischen, ideologischen und zivilen Gefangenen! Es lebe der Frieden! Möge die nationale Souveränität gestärkt werden, vorwärts zur Errichtung einer nationalen und demokratischen Regierung!

(Quelle: jw vom 3.3.2026)

# Kommunistische Partei der USA<sup>1</sup>

## 3.3.26

In den frühen Morgenstunden des Samstags, 28. Februar 2026 – dem ersten Tag der iranischen Arbeits- und Schulwoche und während des Ramadan – begannen die Vereinigten Staaten zusammen mit ihrem Verbündeten Israel eine von Präsident Trump als »große Militäroperation« bezeichnete Aktion im Iran unter dem Namen »Operation Epic Fury«. Die parallele Operation Israels trägt den Namen »Roaring Lion«. US-amerikanische und israelische Regierungsvertreter bestätigten, dass dem Angriff monatelange gemeinsame Planungen vorausgingen. Und das, obwohl der Außenminister Omans nur wenige Stunden vor den Angriffen verkündet hatte, dass die Atomgespräche einen »Durchbruch« erzielt hätten – Iran habe sich Berichten zufolge bereit erklärt, kein angereichertes Uran zu lagern und eine

vollständige Überprüfung durch die IAEO zuzulassen. Trump schlug trotzdem zu.

Seit Jahrzehnten behaupten die Regierungen der USA und Israels ohne konkrete Beweise und entgegen den Erkenntnissen ihrer eigenen Geheimdienste, dass Iran nach Atomwaffen strebt. Mit dieser wiederholten Lüge wird versucht, die Aggression der USA und Israels gegen den Iran zu rechtfertigen. Darüber hinaus sollte sich niemand der Illusion hingeben, dass der US-Imperialismus sich um das Wohlergehen iranischer Frauen, Studenten oder anderer Iraner kümmert. Das tut er nicht.

Stattdessen steht dieser Angriff im Einklang mit der umfassenderen Nationalen Sicherheitsstrategie 2025 der Trump-Regierung, die als »America First«-Politik vermarktet wird, aber in Wirklichkeit ein Entwurf für den US-Imperialismus und die globale Vorherrschaft ist.

1 <https://www.solidnet.org/article/CP-USA-Stop-the-Imperialist-Bombing-Solidarity-with-the-Iranian-People/>

Die Strategie sieht einen Plan für die Vorherrschaft im Nahen Osten vor, wo die USA und ihre regionalen Partnerländer die Region zum Vorteil des westlichen Monopolkapitalismus ausbeuten. Ein starker Iran, der sich mit nicht zur US-Allianz gehörenden kapitalistischen Mächten verbündet, stellt ein Problem für die Interessen der USA in der Region dar. Diese neue imperialistische Landschaft schafft eine gefährliche Welt mit verschärftem imperialistischen Wettbewerb zwischen den mächtigsten Ländern der Welt.

Die Kommunistische Partei der USA verurteilt den imperialistischen Krieg der Trump-Regierung gegen den Iran aufs Schärfste und unmissverständlich. Wir fordern eine sofortige Beendigung dieser jüngsten Aggression. Die US-amerikanische Arbeiterklasse profitiert nicht von den endlosen Kriegen, die in unserem Namen von der US-Regierung der Milliardenäre geführt werden. Darüber hinaus bekunden wir unsere Solidarität mit dem iranischen Volk, das seit langem unter einem theokratischen Unterdrückungsregime und nun unter den Bomben der Vereinigten Staaten leidet.

Auf den Straßen rufen wir alle Mitglieder der Partei und der Kommunistischen Jugendliga dazu auf, sich an den wachsenden Koalitionen gegen die Intervention zu beteiligen. Unsere Aufgabe ist es, für die Führung der Arbeiterklasse und der Volksbewegungen im Kampf gegen diesen Krieg und für den Frieden zu kämpfen. Eine Mehrheit (70%) der US-Bevölkerung lehnt militärische Maßnahmen gegen den Iran ab und unterstützt eine ausdrückliche Zustimmung des Kongresses vor militärischen Maßnahmen gegen ein anderes Land. Wir fordern unsere Kongressabgeordneten auf, unverzüglich ihre verfassungsmäßige Befugnis auszuüben, um diese jüngste Gräueltat zu stoppen, die Finanzierung des Krieges einzustellen und Trump für diese mörderische Aktion zur Verantwortung zu ziehen.

Solidarität mit dem iranischen Volk und Solidarität mit den Arbeiterklassen im gesamten Nahen Osten!

(2.3.2026, 14:45 Uhr, Internationale Abteilung CPUSA)

## Kommunistische Partei Israels & Aljabha/Hadash<sup>1</sup>

Die Kommunistische Partei Israels und die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Aljabha/Hadash) verurteilen den Angriffskrieg, den Israel in den frühen Morgenstunden des Samstags, 28. Februar, gegen den Iran be-

gonnen hat, und bekräftigen, dass dieser Angriff eine gemeinsame israelisch-amerikanische Aggression ist, die einen groß angelegten regionalen oder globalen Krieg auslösen könnte.

<sup>1</sup> <https://www.solidnet.org/article/CP-of-Israel-CPI-Aljabha-Hadash-condemn-the-Israeli-US-aggression-against-Iran-and-warn-of-the-dangers-of-a-comprehensive-war/>

CPI und Aljabha/Hadash bekräftigen, dass Israel nicht nur ein Instrument des globalen amerikanischen Imperialismus ist, sondern auch ein Partner desselben und seiner Bemühungen, die amerikanische imperialistische Vorherrschaft über die Welt und ihre natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen durchzusetzen und alle Regierungen den politischen und wirtschaftlichen Interessen der USA zu unterwerfen. Dies gilt für alle Teile der Welt – insbesondere für den Nahen Osten und Lateinamerika.

CPI & Aljabha/Hadash weisen auch auf die Gefahr hin, die von der fast einhelligen Zustimmung der Regierung und der wichtigsten israelischen Oppositionsparteien zum Angriffskrieg gegen den Iran ausgeht, und warnen davor, die Beschäftigung der öffentlichen Meinung mit diesem Angriff auszunutzen, um die Massaker und Verbrechen der ethnischen Säuberung

im Gazastreifen und im Westjordanland zu intensivieren und den faschistischen Angriff und den Aufstieg des Rassismus in Israel auszuweiten.

Wir rufen auch alle echten Friedensbewegungen innerhalb der israelischen Gesellschaft dazu auf, ihre Stimme gegen die israelisch-amerikanische Aggression zu erheben und den Abzug der US-Streitkräfte und aller Atomwaffen aus dem Nahen Osten zu fordern.

CPI und Aljabha/Hadash rufen die Öffentlichkeit dazu auf, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, und warnen vor einer Wiederholung von Tragödien, insbesondere in arabischen Städten und Vororten, denen Schutzräume und Schutzmaßnahmen fehlen.

(Haifa, 28. Februar 2026)

# Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKR)<sup>1</sup>

3.3.2026

In der heutigen Krisenwelt, nach dem Zusammenbruch der UdSSR, wird die Reaktion immer rücksichtsloser. Die Kräfte des Sozialismus bereiten sich jedoch erst auf ihr Erwachen und ihren erneuten groß angelegten Auftritt auf der historischen Bühne vor. Heute gibt es in ihren Reihen erhebliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Einschätzung der Lage in den Krisenherden. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Verfall des Kapitalismus gestoppt oder zumindest verlangsamt wurde – im Gegenteil,

dieses System degeneriert zunehmend, verrottet, bricht zusammen und hinterlässt blutige Wunden auf dem Körper der Menschheit. Die heutige internationale Lage entwickelt sich unter dem harten militärischen und wirtschaftlichen Druck einer Gruppe imperialistischer Raubtiere auf den Rest der Welt.

Am 28. Februar griffen die USA und Israel mit Hilfe von Luftwaffe, Raketen und Sabotagetrupps überraschend den Iran an. Eine noch unbekannte, aber sicherlich in die Tausende

1 <https://www.solidnet.org/article/Russian-CWP--00065/>

gehende Zahl von Soldaten und Zivilisten im Iran ist bereits ums Leben gekommen. Nach Angaben offizieller iranischer Quellen wurde der geistliche Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, in seiner Residenz getötet. Zusammen mit ihm starben mehrere enge Verwandte. Drei von ihnen sind seine Tochter, sein Enkel und sein Schwiegersohn. Dies ist der zweite Führer eines unabhängigen Landes, der im beginnenden Jahr 2026 zum Ziel des rasenden Trumpf geworden ist. Am 3. Januar wurde der venezolanische Präsident Nicolas Maduro zusammen mit seiner Frau entführt. Die Beseitigung unliebsamer Führer souveräner Länder ist zu einer gängigen Praxis der amerikanischen Regierenden geworden, sowohl der republikanischen als auch der demokratischen. Sie betrachten sich als Herrscher der Welt.

Die Streitkräfte der Islamischen Republik reagierten fast sofort mit Beschuss der Militärbasen der Angreifer – und neben den Kämpfern der imperialistischen Regime kommen leider auch zahlreiche Zivilisten ums Leben, die zufällig in den Beschuss geraten sind.

Wie lassen sich diese Ereignisse kommentieren?

Die Kommunisten haben viele Fragen an das theokratische Regime der Islamischen Republik Iran. Repressionen gegen die Arbeiterbewegung, Unterdrückung der Keime des Sozialismus, ideologischer und religiös gefärbter Druck auf das Volk – all das ist Realität im politischen und gesellschaftlichen Leben im Iran. Angesichts dessen begrüßen einige *bürgerliche Linke* die Zerschlagung dieses Landes, so wie sie zuvor den Sturz der Regierung Assad in Syrien begrüßt haben. Angeblich könne dies zu progressiven Veränderungen in den alten Ländern Persiens führen.

Die Kommunisten sind jedoch mit dieser Haltung der bürgerlichen *Linken* überhaupt nicht einverstanden. Wir kritisieren das iranische Regime von links, aus der Perspektive der Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung, aber gleichzeitig unterstützen wir voll und

ganz das iranische Volk und die Bemühungen der militärisch-politischen Führung, der Aggression der beiden Weltmächte USA und Israel entgegenzuwirken.

Die imperialistische Aggression der USA und Israels wirkt sich völlig kontraproduktiv auf die demokratischen Entwicklungsperspektiven der iranischen Gesellschaft aus. Die inneriranischen politischen Kräfte, die unter dem Einfluss westlicher Agenten jetzt, da die Imperialisten reifen und zum Angriff übergehen, versuchen, Straßenproteste anzuzetteln, spielen offensichtlich auf der Seite und im Interesse der Aggressoren und können nicht als progressive Volksbewegung betrachtet werden. Das Ziel der USA, Israels und ihrer Verbündeten ist es, den Iran auszuplündern, ihn zu zerstückeln, ihn als unabhängigen Staat und Konkurrenten in der Region zu beseitigen, ihn seiner Industrie (vor allem des militärisch-industriellen Komplexes), seiner Armee und seines Willens zu wirksamem Widerstand zu berauben. Solche Perspektiven stehen eindeutig nicht nur im Widerspruch zu den engen Clan-Interessen der derzeitigen politischen Führung des Iran, sondern auch zu den grundlegenden Interessen des gesamten multinationalen iranischen Volkes. Dabei dürfen die kommunistischen Kräfte Irans nicht aufgeben, für die Verwirklichung ihrer strategischen Ziele zu kämpfen, was den Abschluss einer Vereinbarung mit der Regierung über den gemeinsamen Kampf gegen die Angreifer unter den Bedingungen der freien Agitation voraussetzt.

Die RKR unterstützt im aktuellen Krieg im Persischen Golf Iran vollständig und vorbehaltlos als Opfer der imperialistischen Aggression der USA, Israels und ihrer Verbündeten. Eine Niederlage der Aggressoren würde von allen fortschrittlichen Kräften der Menschheit mit Begeisterung aufgenommen werden. Aber ein solcher Sieg kann nicht allein durch die Kräfte Irans erreicht werden.

Politischer Rat des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei

# Kommunistische Partei Venezuelas<sup>1</sup>

2.3.2026

Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV), das auf dem XVI. Nationalkongress (Nov. 2022) gewählt wurde, lehnt die imperialistisch-zionistische Bombardierung der Islamischen Republik Iran, die Hunderte von Todesopfern unter der iranischen Bevölkerung gefordert hat, darunter mehr als 153 Mädchen in ihrer Schule in Minab, kategorisch und energisch ab.

Die militärische Aggression der Vereinigten Staaten und Israels hat nichts mit den gerechten Volks- und Demokratiebewegungen des iranischen Volkes gegen dieses Regime zu tun, geschweige denn mit dem iranischen Atomprogramm. Dies ist nichts weiter als ein fadenscheiniger Vorwand, um eine kriminelle und illegale militärische Intervention zu rechtfertigen, die ihren eigenen Zielen dient: der Ausweitung der israelischen Besatzung im Nahen Osten und der Kontrolle der Energieressourcen und strategischen Handelswege für den Welthandel.

Diese gefährliche Eskalation des Kriegstreibens geht einher mit der Verschärfung des erbitterten Streits zwischen den imperialistischen und kapitalistischen Weltmächten um die Kontrolle über Märkte, Rohstoffe und Handelswege im Rahmen der tiefen Krise, die das weltweite kapitalistische System erschüttert. Der Kapitalismus in der Krise braucht den Krieg nicht nur als wirksames Mittel zur Zerstörung überschüssiger Produktivkräfte, sondern auch als Form des Wettbewerbs zwischen den Mächten, die ihre Gegner im Streit um Märkte und Einflussbereiche vernichten wollen.

Wir von der PCV verurteilen die systematische kriminelle und expansionistische Politik der israelischen Besatzung, die darauf ab-

zielt, ihre Grenzen weiter auszudehnen und ihre regionale Kontrolle durch die Schwächung und Niederlage ihres Hauptgegners in der Region, des iranischen Regimes, auszubauen. Diese Eskalation steht im Zusammenhang mit dem Völkermord und der ethnischen Säuberung in Gaza, Palästina und dem Westjordanland sowie mit den Angriffen auf den Libanon, die alle dasselbe Ziel verfolgen: die territoriale und wirtschaftliche Expansion der zionistischen Besatzung und damit die Stärkung der globalen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten.

Die Kommunistische Partei Venezuelas solidarisiert sich mit den iranischen Kommunistinnen und Kommunisten innerhalb und außerhalb des Landes, die sich in der Tudeh-Partei zusammengeschlossen haben; mit der Arbeiterbewegung im Iran und mit allen Kräften, die sich gegen die kriminellen imperialistischen Bombardierungen und die Verletzung der Souveränität ihres Landes wehren, aber auch gegen die repressive und reaktionäre Politik des theokratischen Regimes kämpfen und für die Erlangung sozialer Rechte und demokratischer Freiheiten eintreten.

Schließlich möchten wir unsere Besorgnis und Warnung hinsichtlich der Rolle zum Ausdruck bringen, die die Interimsbehörden in Venezuela im Hinblick auf die hegemonialen und kriegerischen Pläne und Interessen des US-Imperialismus, seiner europäischen Partner und der Zionisten im Nahen Osten als neuer zuverlässiger und sicherer Ölversorger spielen.

Dies zeigte sich in der unglücklichen und undurchsichtigen Erklärung des venezolanischen Außenministeriums zu diesen schwerwiegenden Ereignissen, in der es darauf achtet, die Verantwortung der Vereinigten Staaten

1 <https://prensapcv.wordpress.com/author/prensapcv>

und Israels für diese Aggression, die gegen das Völkerrecht verstößt, nicht anzuprangern. Dies bestätigt die gefährliche reaktionäre Wende in der internationalen Außenpolitik Venezuelas, die dazu neigt, sich dem Plan der Vorherrschaft des US-Imperialismus in der Welt anzuschließen und damit den Frieden und die

Sicherheit des Landes in einem Kontext der Eskalation des imperialistischen Krieges auf globaler Ebene zu gefährden.

Politisches Büro des Zentralkomitees der  
Kommunistischen Partei Venezuelas  
Caracas, 2. März 2026

# Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Presserklärung 28.2.2026

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) verurteilt die militärischen Angriffe Israels und der USA auf zivile und militärische Ziele in verschiedenen Regionen des Iran und solidarisiert sich mit dem angegriffenen Land.

Dieser Angriff verstößt gegen das Völkerrecht und torpediert die Atomverhandlungen mit dem Iran. Nach eigenen Angaben war die deutsche Bundesregierung im Voraus über die Militäraktionen informiert und trägt aufgrund ihrer Untätigkeit Mitverantwortung für diese gefährliche Eskalation. Unterdessen führt der Iran Gegenschläge gegen das US-Militär, beispielsweise in Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und Bahrain, sowie gegen Israel durch und mobilisiert seine Truppen gegen eine mögliche US-Bodeninvasion. Die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation ist groß.

Die aggressiven Aktionen der Kriegeregierungen Trump und Netanjahu und die faktische Unterstützung durch Bundeskanzler Merz sind unvereinbar mit den Grundsätzen des Völkerrechts und einer friedlichen Außenpolitik zum Wohle unseres Landes. Vertreter der deutschen Regierung rechtfertigen ihre Unterstützung für den Plan zum Sturz der

Regierung in Teheran mit der sogenannten Staatsräson. Damit werden die Lehren aus zwei Weltkriegen und der Befreiung Europas vom Hitler-Faschismus auf den Kopf gestellt. Diplomatie und Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen sind auf diese Weise nicht möglich.

Die heute begonnene Eskalation gegen den Iran wurde seit Monaten angekündigt und vorbereitet. Die Militäraktion Israels ist das Ergebnis der Abstimmung mit der Speerspitze der NATO, den USA. Diese imperialistischen Zentren verhalten sich gegenüber ihren Gegnern und gegenüber dem Völkerrecht wie Räuber und beweisen damit, dass ihre Worte in Verhandlungen wertlos sind. Die Reaktion der deutschen Bundesregierung ist zu verurteilen, weil sie sich auf die Seite der Aggressoren stellt, während andere Regierungen die Einhaltung des Völkerrechts fordern.

Die DKP ruft die Arbeiter- und Friedensbewegung dazu auf, gegen die Unterstützung der Bundesregierung für den Krieg gegen den Iran zu protestieren, und fordert den Abzug aller US-Truppen aus Deutschland. Wir sagen der Bundesregierung: Eure Staatsräson ohne uns!

# Neue Impulse aus unserem Verlag

Volkmar Schöneburg  
**Macht und Recht**

Neue Impulse Verlag  
Essen 2026, Hardcover, 272 Seiten,  
24,80 Euro, ISBN 978-3-96170-086-8



Rechtsverhältnisse sind in Rechtsform übersetzte soziale Machtverhältnisse, so die Erkenntnis des wohl bedeutendsten deutschen Rechtsphilosophen des zwanzigsten Jahrhunderts, Gustav Radbruch. Gleichzeitig betont Radbruch: »Das Klasseninteresse kann sich also der Rechtsform nicht bedienen, ohne seinerseits von ihr beherrscht zu werden.« Mit anderen Worten: das Recht ist nicht nur Mittel, sondern auch Maß der Macht.

Dieses Verhältnis von Macht und Recht wird in der vorliegenden Sammlung von veröffentlichten und unveröffentlichten Beiträgen von einem profilierten »Linksanwalt« aus unterschiedlichen Anlässen ausgeleuchtet, wobei unser Autor auch auf seine Erfahrungen als ehemaliger Verfassungsrichter und Justizminister in Brandenburg zurückgreift.



NEUE IMPULSE VERLAG

Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen  
Tel.: +49 | 201 | 236757

info@neue-impulse-verlag.de  
www.neue-impulse-verlag.de

# [www.marxistische-blaetter.de](http://www.marxistische-blaetter.de)



## Mehr für's Abo.

# Jetzt abonnieren!

### Impressum

**MARXISTISCHE BLÄTTER**

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: [redaktion@marxistische-blaetter.de](mailto:redaktion@marxistische-blaetter.de)

Marxistische Blätter im Internet:

[www.marxistische-blaetter.de](http://www.marxistische-blaetter.de)

[www.facebook.com/MarxBlätter](https://www.facebook.com/MarxBlätter)

Satz und Gestaltung: Medienwerkstatt

Kai Münschke, Essen, [www.satz.nrw](http://www.satz.nrw)

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: [info@neue-impulse-verlag.de](mailto:info@neue-impulse-verlag.de)

Anschrift und Telefon: wie Redaktion